

# Außenwirtschaftsstrategie

Eine innovative Außenwirtschaftspolitik für ein  
erfolgreiches Österreich



## **Impressum**

### **Medieninhaber, Verleger und Herausgeber**

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort  
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres  
Wirtschaftskammer Österreich

Gestaltung: BMDW  
Druck: BMDW

Wien, Dezember 2018

## Vorwort

Österreich ist ein Exportland. Die Bedeutung des Außenhandels für Österreichs Volkswirtschaft zeigt sich in konkreten Zahlen und Fakten: Rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden von unseren Exportunternehmen geschaffen sowie jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt durch den Außenhandel generiert. Damit sorgt Österreichs Exportwirtschaft für Wachstum, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand im Land. Produkte und Dienstleistungen „Made in Austria“ sind weltweit begehrt und anerkannt. Österreich hat eine Vielzahl an Top-Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten. Die Zahl der Exporteure hat sich in den vergangenen 25 Jahren von 12.000 auf rund 58.000 mehr als vervierfacht – und dabei handelt es sich nicht nur um Großbetriebe: Rund 80 Prozent der im Export tätigen Unternehmen sind Klein- und Mittelbetriebe, über viele Branchen und Sektoren hinweg.

Aufgabe der Politik ist es, in einem sich ständig und immer schneller ändernden globalen Umfeld vorausschauend Trends zu erkennen, Chancen bewusst zu machen und die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit einer neuen Außenwirtschaftsstrategie, die als Wirtschafts-, Außen- und Standortpolitik österreichische Unternehmen unterstützt, hat es sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die österreichische Exportwirtschaft und den Standort Österreich weiter zu stärken. Grundlage dafür ist eine gründliche Analyse der strategischen Ausgangssituation, von Trends und Zukunftsfragen, eine langfristige, strategische Ausrichtung mit konkreten Zielen und Maßnahmen sowie Praxis- und Werteorientierung. Es müssen eindeutige Schwerpunkte in den zentralen Bereichen wie Innovation und Technologie gesetzt, Sicherheiten geschaffen und Qualifizierung forciert werden. Das Prinzip der Kooperation steht dabei im Mittelpunkt – sowohl für staatliche Stellen und Interessensvertretungen als auch für die Unternehmen.

Unter der Federführung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) wurde gemeinsam mit dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) und der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) in einem breiten, inklusiven Prozess die neue Außenwirtschaftsstrategie erarbeitet. Basierend auf einem strukturierten Dialog zwischen Verwaltung und Exportwirtschaft unter Einbindung der relevanten Akteure der Außenwirtschaft gelang es, gemeinsam ein umfassendes, zukunftsorientiertes Strategiepapier für die österreichische Außenwirtschaft zu erstellen. Die Grundlage dafür ist das Bekenntnis zum regelbasierten multilateralen Handelssystem, zum Eintreten für eine gemeinsame EU-Handelspolitik sowie zu einer fakten- und analysebasierten, kohärenten Außenwirtschaftspolitik.

Österreich hat sehr gute Voraussetzungen, im internationalen Wettbewerb um Wachstum und Wohlstand nicht nur im Spiel zu bleiben, sondern das Spiel mit neuer Innovationskraft mitzugestalten. Die nun vorliegende Außenwirtschaftsstrategie ist dafür ein grundlegender Meilenstein.



**Dr. Margarete Schramböck**

Bundesministerin für Digitalisierung  
und Wirtschaftsstandort



**Dr. Karin Kneissl**

Bundesministerin für Europa,  
Integration und Äußeres



**Dr. Harald Mahrer**

Präsident der Wirtschaftskammer  
Österreich

# Die Bedeutung der Außenwirtschaft für Österreich

**o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt, Dr. Werner Hölzl,  
Dr. Yvonne Wolfmayr**

**Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)**

Ein Befund zur bisherigen Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft sowie eine Neubewertung der internationalen und heimischen Entwicklungen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Außenwirtschaft sind wichtige Grundlagen für eine Anpassung und Neuformulierung der Außenwirtschaftsstrategie. Diese geben entscheidende Hinweise darauf, welche Aspekte für den zukünftigen Erfolg Österreichs in der Weltwirtschaft wichtig sind. Technologie- und standortpolitische Faktoren in Wechselwirkung mit der Außenwirtschaftspolitik sind dabei von besonderer Relevanz.

Bis zur großen Wirtschaftskrise war die österreichische Außenwirtschaft durch einen außerordentlich erfolgreichen Aufholprozess geprägt. Seit dem Einbruch des Welthandels während der Krise hinkt die österreichische Exportleistung anderen Ländern hinterher. Dies hat den Fokus der wirtschaftspolitischen Diskussion stärker auf die Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich gelegt, denn die komparativen Wettbewerbsvorteile bestimmen auch die Außenhandelsstruktur. Während ein großer Teil der Wachstumsschwäche der Exporte wohl auf ungünstige konjunkturelle Einflüsse zurückzuführen ist, hat die Entwicklung in den Jahren nach der Krise aber auch gezeigt, dass säkulare Verschiebungen der globalen Nachfrage nicht nur für einzelne Unternehmen existenzbedrohend sein können, sondern auch Volkswirtschaften in Wachstumsfallen gedrängt werden können.

Die Basis für den außenwirtschaftlichen Erfolg von Ländern sind die exportierenden Unternehmen. In letzter Instanz bilden die Qualität und Einzigartigkeit der Produkte und Dienstleistungen die technologische Wettbewerbsfähigkeit von Ländern ab und stehen im Zentrum der Bewertung der außenwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Eine rezente Befragung österreichischer Industrieunternehmen zu Standortfaktoren, Markt- und Produktstrategien des WIFO legt dafür Zeugnis ab. Die Wechselwirkung zwischen Innovation, Qualität des Bildungssystems, Forschung und Entwicklung und der Infrastruktur, die institutionelle Qualität des Rechtsrahmens und der öffentlichen Verwaltung sowie die Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik bestimmen zusammen mit

den gegebenen Spezialisierungsmustern, ob es einer Volkswirtschaft gelingt, sich langfristig erfolgreich in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Die österreichischen Industrieunternehmen sehen ihre Wettbewerbsvorteile insbesondere in der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dem technologischen Gehalt und der Qualität der Produkte sowie ihrer Fähigkeit auf Kundenwünsche einzugehen. Die Bündelung der Produkte mit vor- und nachgelagerten Dienstleistungen wird immer wichtiger für den Erfolg. Im Nachteil sehen sich die Unternehmen vor allem im Hinblick auf den Preiswettbewerb, aber auch bei der Digitalisierung.

Allerdings müssen sowohl die Entwicklung des Außenhandels als auch die konkrete Ausprägung der relevanten Standortfaktoren immer wieder vor dem Hintergrund wichtiger Herausforderungen und Änderungen in den internationalen Rahmenbedingungen neu bewertet werden. Die europäische Integration – Österreichs EU-Beitritt, die Ostöffnung und die Erweiterungsrunden der EU – haben Österreich geographisch und wirtschaftlich in die Mitte der Europäischen Union (EU) gestellt, aber gleichzeitig auch an eine „Wohlfahrtskante“ zu den osteuropäischen Transformationsländern mit niedrigeren Einkommen und Löhnen versetzt. Diese Länder sind heute aufstrebende EU-Mitgliedsländer und wichtiger Teil der regionalen Wertschöpfungskette „Fabrik Europa“, zu der auch Österreich gehört.

Die Herausforderung der europäischen Integration wurde von den österreichischen Unternehmen gut bewältigt. Dies hat zu einem außerordentlichen Modernisierungsprozess in der österreichischen Wirtschaft geführt und einen Internationalisierungsprozess in Gang gesetzt: Der Exportanteil von Waren und Dienstleistungen in Prozent des BIP ist seit Mitte der 1990er-Jahre von 34 auf 54 Prozent gestiegen, die Importquote von 35 auf 51 Prozent und der BIP-Anteil der österreichischen Direktinvestitionsbestände im Ausland von 4,9 auf 53 Prozent. Zunächst war das frühe Engagement in den Transformationsländern wichtig, danach festigten kostengünstige Zulieferungen aus der Region die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Produzenten auf Weltmärkten. Bis zur Krise konnte Österreich dadurch seinen Anteil am Export der OECD-Länder stärker ausweiten als europäische Vergleichsländer. Dieser Erfolg wurde durch eine offensiv agierende Außenwirtschaft ermöglicht.

Seit der Krise hat sich die österreichische Außenwirtschaft weniger dynamisch entwickelt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 führte zu einem tiefen Einschnitt, der durch die europäische Staatsschuldenkrise verlängert wurde. Die Dynamik der Exporte blieb schwach. Marktanteilsverluste auf Exportmärkten waren die Folge. Wie sich heute zeigt, kann das zum Teil auf konjunkturelle Faktoren in Interaktion mit der Länderstruktur und der Warenstruktur des österreichischen Außenhandels zurückgeführt werden. Die österreichischen Hauptmärkte blieben wachstumsschwach, insbesondere in den für

Österreich bedeutenden Warengruppen - Maschinen und Fahrzeuge, Investitionsgüter und Metallwaren. Die Konjunkturerholung in wichtigen Handelspartnern im Euroraum war stark konsumgetrieben. Dennoch hat die Entwicklung nach der Krise einige der hartnäckigen und langfristigen Strukturprobleme des österreichischen Außenhandels wieder deutlicher ins Bewusstsein gerufen und zu einer intensiveren Diskussion über den Standort Österreich geführt. Neben der Kritik an der die unternehmerische Initiative hemmenden Regulierungsdichte in Österreich wurden auch Befürchtungen geäußert, dass dies der Beginn einer nachhaltigen Strukturschwäche des österreichischen Außenhandels sein könnte. Dabei wurden bekannte Themen angesprochen: die geringe Diversifizierung im Hinblick auf Zielländer und das Produktportfolio, die „Technologielücke“, mit starker Spezialisierung auf mittlere Technologien, die schwache Position bei modernen, wissensintensiven Dienstleistungen, die geringe Industriedynamik und die trotz des großen Aufholprozesses im internationalen Vergleich weiterhin geringe Internationalisierung über aktive Direktinvestitionen des industriellen Sektors.

Eine der wichtigsten Veränderungen im Außenhandel in den letzten Jahrzehnten ist die Etablierung globaler Wertschöpfungsketten. Marktöffnungen und insbesondere die digitale Transformation seit den 1980er-Jahren haben dazu geführt, dass immer mehr Unternehmen multinational agieren und ihre Vorleistungen international beziehen. Nach Statistiken der WTO (Welthandelsorganisation) beträgt der Anteil des internationalen Handels mit Zwischenprodukten rund 45 Prozent des Welthandels. Deutlich erkennbar ist das auch im Anstieg ausländischer Wertschöpfungsanteile an inländischen Exporten. So ist der Anteil der ausländischen Wertschöpfung in österreichischen Exporten laut der World-Input-Output-Datenbank von 24 Prozent Mitte der 1990er-Jahre auf 36 Prozent 2014 gestiegen. Dies führt dazu, dass der internationale Wettbewerb nicht mehr primär auf Basis von Produkten, sondern auch auf Basis von Produktionsschritten erfolgt. In vielen Bereichen werden vorgelagerte (z.B. Innovation, Produktentwicklung) und nachgelagerte Produktionsschritte (z.B. Marketing und Verkauf) wichtiger als die Produktion selbst. Dies hat wichtige Implikationen für die Standort- und die Außenwirtschaftspolitik.

Die österreichische Außenwirtschaft steht daher heute vor neuen Herausforderungen. Wichtige Themen, wie die Verlagerung der globalen Wachstumspole in Richtung der Schwellenländer, insbesondere China, die Digitalisierung und Automatisierung und die damit zusammenhängenden neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung entlang regionaler und globaler Wertschöpfungsketten, der neue multilaterale Regelungsbedarf im Rahmen der WTO als Anpassung auf diese neuen Formen des internationalen Austauschs, die Neuorientierung der europäischen Handelspolitik sowie die neue tiefere Form bilateraler Handelsverträge, aber auch die Notwendigkeit einer wirkungsorientierten Ausgabenpolitik in Zeiten knapper Budgets sind in der neuen Außenwirtschaftsstrategie abgebildet. Sie bietet eine gute Grundlage dafür, dass die österreichische Außenwirtschaft die Herausforderungen und den weltweiten Integrationsprozess weiterhin als Chancen sieht.

Langfristig erfordert dies aber eine Veränderung in den Standortfaktoren im wissenschaftlichen und technischen Bereich, im Infrastrukturbereich, im Bildungssystem, bei der Wettbewerbsorientierung der Dienstleistungsbranchen, in der Wirkungsorientierung von Regulierungen und Gesetzen. Diese Aspekte gehen weit über eine explizite Außenwirtschaftsstrategie hinaus, bestimmen aber im Wesentlichen die langfristige Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Wir sind aber überzeugt, dass die vorliegende Außenwirtschaftsstrategie eine umfassende und gute Grundlage für die Wirtschaftspolitik darstellt und dazu beitragen kann, die österreichische Außenwirtschaft gut auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten.

## **o.Univ.Prof. Dr. Harald Badinger**

### **Wirtschaftsuniversität Wien (WU)**

Österreich ist seit Mitte des 20. Jahrhunderts den Weg zunehmender wirtschaftlicher Integration gegangen. In den 1950er Jahren lag der Anteil der Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch unter 50 Prozent, heute spielt der Handel mit einem BIP-Anteil von 105 Prozent eine zentrale Rolle.<sup>1</sup> Eine noch stärkere Dynamik können wir im Bereich der Kapitalmobilität beobachten. Im Jahr 1970 lagen die Auslandsforderungen und Verbindlichkeiten (internationale Vermögensposition, insbesondere Direkt- und Portfolioinvestitionen) bei ca. 46 Prozent des BIP, bis heute hat sich dieser Wert in etwa verzehnfacht.<sup>2</sup>

Aus institutioneller Sicht ist der Motor dieser Entwicklung die Teilnahme am Prozess der europäischen Integration. Österreich war Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), welche 1960 gemeinsam mit Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz und dem Vereinigtes Königreich geschaffen wurde. Durch die Mitte der 1970er Jahre abgeschlossenen Freihandelsabkommen zwischen Europäischer Gemeinschaft (EG) und EFTA wurde Österreich auch Teil des Europäischen Freihandelsraumes, der 15 Länder umfasste. Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt im Europäischen Wirtschaftsraum (1994) erfolgte 1995, zeitgleich mit Schweden und Finnland, der Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit damals noch zwölf Mitgliedsstaaten und damit auch die Teilnahme am EU Binnenmarkt und in weiterer Folge 1999 an der Europäischen Währungsunion. Mit dem EU-Beitritt wurde Österreich, welches ab 1951 am General

---

<sup>1</sup> Quelle: Weltbank, World Development Indicators.

<sup>2</sup> Quelle: Lane and Milesi-Ferretti (2007). The External Wealth of Nations Mark II. Journal of International Economics, 73(2), 223-250, aktualisierte Version.

Agreement on Tariffs and Trade (GATT) teilgenommen hat, auch Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO).<sup>3</sup>

Möchte man die Bedeutung der Außenwirtschaft für Österreich möglichst kurz und prägnant beurteilen, kann man sich die Frage stellen, wie es um Österreich heute wirtschaftlich bestellt wäre, wenn es an diesem Prozess nicht teilgenommen hätte und auf dem Integrationsniveau Mitte des 20. Jahrhunderts verharrt wäre. Einer Studie von Badinger (2005)<sup>4</sup> zu den Wachstumseffekten wirtschaftlicher (europäischer) Integration über die Periode 1950-2000 zufolge, wäre das Pro-Kopf Einkommen (BIP je Einwohner) Österreichs im Jahr 2000 ohne wirtschaftliche Integration um etwa 20 Prozent niedriger gewesen. Verknüpft man diese Zahl mit Schätzungen einer aktuellen Studie von Breuss (2018)<sup>5</sup>, so kommen für den Zeitraum von 2000 bis 2018 nochmals etwa zehn Prozent hinzu. Demzufolge kann fast ein Drittel des heutigen Pro-Kopf Einkommens auf die wirtschaftliche Integration Österreichs seit der Mitte des 20. Jahrhunderts zurückgeführt werden.

Das Pro-Kopf Einkommen ist nicht der einzige, wenngleich der zentrale Wohlstandsindikator eines Landes, da es mit vielen anderen Indikatoren guter Lebensqualität positiv korreliert und letztlich auch determiniert, welche technische und soziale Infrastruktur sich ein Land leisten kann. Weitere Wohlstandseffekte, die sich in dieser Zahl nicht unmittelbar widerspiegeln, sind unter anderem die größere Auswahl an Produkten, die Ausweitung individueller Freiheiten, Arbeitsfreizügigkeit (und Schengen) sowie das passfreie Reisen (vgl. Breuss, 2015).<sup>6</sup>

Woher kommen diese Gewinne wirtschaftlicher Integration? Im Allgemeinen gilt, dass ein Optimum unter Nebenbedingungen niemals besser, allenfalls gleich gut und in der Regel schlechter sein wird als ein unbeschränktes Optimum ohne Nebenbedingungen. Im Konkreten bedeutet das, dass eine Volkswirtschaft, welche ihre Außenbeziehungen einschränkt, sich selber Nebenbedingungen auferlegt, und das umso mehr, je geschlossener diese Volkswirtschaft ist. Die Folge davon ist ein schlechteres wirtschaftliches Ergebnis. Im Umkehrschluss heißt das, dass eine Volkswirtschaft, die sich öffnet, ihren Handlungsspielraum (den ihrer Akteure) erweitert und dadurch Integrationsgewinne generiert. Dieser Mechanismus liegt auch dem „Gains from Trade Theorem“ zugrunde: In der geschlossenen Volkswirtschaft muss der Markt für jeden Sektor geräumt werden, in der offenen Volkswirtschaft muss das langfristig nur über alle Sektoren und auch nur in der

---

<sup>3</sup> Einen Überblick der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft über die letzten 100 Jahre gibt Breuss (2018). Breuss, F. (2018). 100 Jahre österreichische Wirtschaft. WIFO Working Papers, No. 570.

<sup>4</sup> Badinger, H. (2000). Growth effects of Economic Integration: Evidence from the EU Member States. *Review of World Economics* 2005, 141(1), 50-78.

<sup>5</sup> Breuss, F. (2018). 100 Jahre österreichische Wirtschaft. WIFO Working Papers, No. 570.

<sup>6</sup> Breuss, F. (2015). 20 Jahre EU-Mitgliedschaft: Österreich, bisher großer Gewinner, muss seine Rolle neu definieren. *ÖGfE Policy Brief*, 4, 2015.

langen Frist gelten, die Leistungsbilanz also langfristig ausgeglichen sein. Das ermöglicht die Spezialisierung auf Sektoren, in denen eine Volkswirtschaft komparative Vorteile hat (und exportiert), in anderen Sektoren wird importiert. Zudem ist ein intertemporaler Ausgleich der Leistungsbilanz möglich.

Ein zentraler Treiber wirtschaftlicher Integration war über lange Zeit primär der Handel, erst in den letzten drei Jahrzehnten ist die Kapitalmobilität als wichtiger weiterer Faktor hinzugekommen. Nachdem Handel unter bestimmten Bedingungen durchaus als Substitut für Faktormobilität aufgefasst werden kann, wird hier aus Platzgründen nur auf einige wesentliche Mechanismen wirtschaftlicher Integration eingegangen, die über den Handelskanal generiert werden. Möchte man die Bedeutung der wirtschaftlichen Integration für den Außenhandel Österreichs kurz und prägnant beurteilen, so ist zu fragen, wie die Handelsverflechtungen Österreichs heute ohne wirtschaftliche Integration aussehen würde. Einer Studie von Badinger und Breuss (2004)<sup>7</sup> zufolge, die sich mit den Determinanten des Handelswachstums der EU-Mitgliedsstaaten über die Periode 1950 bis 2000 beschäftigt, kommt zu der Einschätzung, dass 20 bis 25 Prozent des österreichischen Exportwachstums in dieser Periode durch den Abbau von Handelsbarrieren (insbesondere Zöllen) zustande gekommen sind. Ohne wirtschaftliche Integration wäre die Außenhandelsquote (Importe und Exporte) dementsprechend heute nicht bei 105 Prozent, sondern deutlich niedriger bei etwa 80 Prozent.

Die fundamentalste Quelle von Handelsgewinnen liegt in der berühmten Einsicht Adam Smiths, dass die Arbeitsteilung durch die Größe des Marktes beschränkt ist. Öffnet sich eine Volkswirtschaft, vergrößert sie den Markt, das erlaubt eine arbeitsteilige Organisation der integrierten Volkswirtschaften sowie das Ausnutzen von Skalenerträgen. Bei diesem Effekt wird auch besonders deutlich, warum kleine Volkswirtschaften wie Österreich von einer wirtschaftlichen Öffnung besonders profitieren: Die relative Marktexpansion ist für kleine Volkswirtschaften größer.

Angesichts der in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer wieder auftauchenden merkantilistischen Elemente ist es wert, darauf hinzuweisen, dass Handelsgewinne auch bei ausgeglichener Leistungsbilanz anfallen und keineswegs nur durch Exporte, sondern auch durch Importe (z.B. von im Ausland effizienter hergestellten Produkten) entstehen. Auch wenn das in der öffentlichen Diskussion oft anders dargestellt wird: weder ein persistentes Leistungsbilanzdefizit (zu hohe Ausgaben und wachsende Auslandsverschuldung), noch ein persistenter Leistungsbilanzüberschuss (Unterkonsum und Finanzierung der Ausgaben anderer Staaten) sind wünschenswert.

---

<sup>7</sup> Badinger, H. und Breuss, F. (2004) What Has Determined the Rapid Post-War Growth of Intra-EU Trade? Weltwirtschaftliches Archiv, 140, 31-51.

Ein weiterer Mechanismus, über den Importe zu Wachstum und Wohlstand beitragen, ist die Erleichterung internationaler Wissens-Spillovers. Coe und Helpman (1995)<sup>8</sup> und viele darauf aufbauende empirische Studien haben gezeigt, dass technologischer Fortschritt, gemessen anhand der gesamten Faktorproduktivität, nicht nur durch inländische Forschung und Entwicklung generiert wird, sondern auch durch aus dem Ausland importierte Forschungs- und Entwicklungsleistungen. Anders ausgedrückt: Offene Volkswirtschaften wachsen schneller, weil sie in stärkerem Ausmaß an Innovationen aus dem Ausland partizipieren können. Da Innovationen durch den Einsatz von Humankapital generiert werden, ist das Potenzial für Integrationsgewinne durch diesen Mechanismus für kleine, offene Volkswirtschaften wie Österreich ebenfalls besonders groß.

Schließlich ist noch auf einen weiteren zentralen Mechanismus hinzuweisen, der durch die wettbewerbssteigernde Wirkung von wirtschaftlicher Integration entsteht. Höherer Wettbewerb verstärkt Anreize, Ineffizienzen zu reduzieren und den Ressourceneinsatz zu optimieren. Darüber hinaus führt höherer Wettbewerb in der Regel und bis zu einem bestimmten Ausmaß zu einer höheren Innovationsrate, damit zu schnellerem technologischen Fortschritt und höherem Wirtschaftswachstum, was sich wiederum in einem höheren Pro-Kopf Einkommen niederschlägt. Eine Zerlegung der Integrationseffekte in die einzelnen Kanäle ist schwierig, als eine gewisse Orientierung kann jedoch auf die Arbeit von Badinger (2007)<sup>9</sup> verwiesen werden, der in einer Studie für elf OECD-Länder zu dem Ergebnis kommt, dass in etwa 30 Prozent der gesamten Handelseffekte auf das Pro-Kopf Einkommen über den Wettbewerbskanal generiert werden.

Die zu erwartenden Auswirkungen wirtschaftlicher Integration sind natürlich zu vielschichtig, um in diesem Kurzaufsatz behandelt werden zu können. Es ist jedoch auch darauf hinzuweisen, dass – auch wenn wirtschaftliche Integration unterm Strich positive Effekte bringt – das nicht bedeutet, dass alle Gruppen gleichermaßen gewinnen oder dass es keine Verlierer geben kann. Daraus ergibt sich auch der Auftrag an die Sozial- und Wirtschaftspolitik, potentiell negative Auswirkungen von Integrationsmaßnahmen auf bestimmte Gruppen auch öffentlich zu thematisieren und diese in der Umsetzung immer mitzudenken. Die Frage der Verteilung von ökonomischen Gewinnen und der Kompensation von Verlierern hat aber nicht nur mit wirtschaftlicher Integration zu tun, sondern auch – und nach herrschender Auffassung überwiegend – mit technologischen Entwicklungen und Unternehmenspolitiken.<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Coe, D. T. und Helpman, E. (1995). International R&D spillovers, *European Economic Review*, Vol. 39, pp. 859–887.

<sup>9</sup> Badinger, H. (2008). Market size, trade, competition and productivity: evidence from OECD manufacturing industries. *Applied Economics*, 39, 2143–2157.

<sup>10</sup> Vgl dazu Helpman, E. (2018). *Globalization and Inequality*. Harvard: Harvard University Press.

Unterm Strich lassen diese Argumente eine weitere wirtschaftliche Integration wünschenswert erscheinen, sowohl auf europäischer als auch auf globaler, multilateraler Ebene. Mit der neuen Außenwirtschaftsstrategie wurde die Grundlage für eine Fortsetzung des bisher erfolgreich eingeschlagenen Weges gelegt. Aufgrund ihres Querschnittscharakters wird ihr Erfolg maßgeblich davon abhängen, dass die strategischen Maßnahmen von allen Ressorts berücksichtigt und ins Operative übersetzt werden. Und da Staaten zwar die Rahmenbedingungen vorgeben, es aber die in Österreich tätigen Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, welche die (außen)wirtschaftliche Performance prägen, wird es auch ein nicht zu unterschätzender Erfolgsfaktor sein, inwieweit es gelingt, (außen-)wirtschaftsfeindlicher Rhetorik mit evidenzbasierten Argumenten entgegenzutreten und in Österreich ein (außen)wirtschaftsfreundlich(er)es Klima zu schaffen.

## Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>1 Außenwirtschaftspolitik mit Perspektive</b> .....	<b>5</b>
1.1 Für ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem und eine Stärkung der WTO .....	5
1.2 Aktives Mitwirken an einer modernen EU-Handelspolitik .....	6
1.3 Außenwirtschaftspolitik analytisch fundieren .....	8
<b>2 Außenwirtschaftspolitik mit Werteorientierung</b> .....	<b>10</b>
2.1 Werteorientierung als Teil der österreichischen Identität .....	10
2.2 Nachhaltige Entwicklung als Chance für Unternehmen und Standort .....	13
<b>3 Außenwirtschaftspolitik mit Standort-Effekt</b> .....	<b>15</b>
3.1 Österreich in globalen und regionalen Wertschöpfungsketten stärken .....	15
3.2 Klein- und mittelständische Unternehmen gezielt fördern .....	17
3.3 Fachkräfte sichern .....	19
3.4 Kritische Infrastrukturen und Technologien schützen sowie den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen sichern .....	21
<b>4 Außenwirtschaftspolitik mit Schwerpunkten</b> .....	<b>23</b>
<b>5 Außenwirtschaftspolitik mit Zukunftsorientierung</b> .....	<b>27</b>
5.1 Österreich in der digitalen Welt stärken .....	27
5.2 Dienstleistungsexport forcieren und Innovationsökosysteme nutzen .....	29
5.3 Startups gezielt fördern .....	31
<b>6 Außenwirtschaftspolitik mit klaren Fakten</b> .....	<b>33</b>
<b>7 Außenwirtschaftspolitik aus einer Hand</b> .....	<b>35</b>
7.1 Koordiniertes Vorgehen für optimale Effizienz .....	35
7.2 Außenwirtschaftliche Förderlandschaft optimieren .....	37
7.3 Mediale Präsenz im Ausland bündeln .....	39



# Einleitung

Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen uns die Grundlagen für unser österreichisches Lebensmodell laufend erarbeiten. Die weitere Internationalisierung der Wirtschaft ist dabei eine große Chance. Je besser Österreichs Unternehmen ihre Chancen im Export nützen können, desto sicherer sind Arbeit und Wohlstand im Inland. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Eine Milliarde Euro an Exporten sichern 5.000 Arbeitsplätze. Ein Prozent mehr Export bringt 8.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Österreich (lt. Input-Output-Tabelle, Statistik Austria). Jeder zweite Job im produzierenden Sektor ist direkt oder indirekt vom Export abhängig (lt. Europäische Kommission).

Die Ausgangsbedingungen für künftige Erfolgsgeschichten im Export sind gut:

- Bei den Warenexporten pro Kopf liegt Österreich mit 19.200 USD innerhalb der TOP-Exportländer auf dem 7. Platz, bei den Dienstleistungen mit 6.797 USD auf Rang 9 (lt. UNO, WTO, Worldbank).
- Die Zahl der exportierenden österreichischen Unternehmen hat sich seit 2000 vervierfacht: Mehr als 58.000 Unternehmen sind in über 200 Ländern und Regionen tätig.
- In Österreich gibt es laut einer Studie der Fachhochschule der Wirtschaft Graz bereits über 180 Unternehmen, die in Spezialbereichen weltweit an der Spitze mitmischen. Der Exportanteil dieser „Hidden Champions“ liegt bei 85 Prozent.
- Der Großteil der Exporteure – in die EU sogar 90 Prozent – sind Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie schaffen ein Drittel des gesamten österreichischen Exportvolumens.

Jetzt geht es darum, die Rahmenbedingungen für Österreichs Exportwirtschaft gezielt weiterzuentwickeln. Internationalisierung und Digitalisierung verändern weltweit die Spielregeln für wirtschaftlichen Erfolg. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in einem äußerst dynamischen Umfeld zu verbessern, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Eine Schlüsselrolle spielt dabei eine strategisch fundierte Außenwirtschaftspolitik, die als Wirtschafts-, Außen- und Standortpolitik noch mehr Unternehmen dabei unterstützt, auf den Weltmärkten mit überzeugenden Produkten und Dienstleistungen zu punkten. Ihre Erfolgsfaktoren sind:

- Gründliche Analyse der strategischen Ausgangssituation sowie der relevanten internationalen und österreichischen Entwicklungen
- Konsequente Praxis- und Umsetzungsorientierung sowie Unterstützung bereits im internationalen Handel erfolgreicher österreichischer Unternehmen und „Newcomer“ (insbesondere KMU)
- Werteorientierung mit Blick auf freies Unternehmertum, marktwirtschaftliche Prinzipien, Transparenz, Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung und unternehmerische Verantwortung sowie Bekämpfung des illegalen Handels in all seinen Formen und Schutz der kulturellen Vielfalt
- Bezugnahme auch auf grenzüberschreitende Investitionen und deren Schutz sowie das erfolgreiche Eingliedern in globale und regionale Wertschöpfungsketten
- Unterstützung des Multilateralismus und Stärkung der WTO, Vertretung österreichischer Interessen auf EU-Ebene, Förderung starker und regelbasierter privilegierter Wirtschaftspartnerschaften
- Fokus auf Organisationsfragen zur Erhöhung effizienter Vertretung handelspolitischer Interessen, besseres Leistungsangebot für Unternehmen und stärkere Sichtbarkeit der österreichischen Wirtschaft im Ausland
- Innovations- und Technologieschwerpunkte mit Blick auf Sektoren und Zielländer sowie gezielte Anbindung von Unternehmen und Standort an internationale Entwicklungen und globales Innovationswissen
- Ein attraktives Wissenschafts- und Forschungssystem als Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs
- Die Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe, u.a. durch den Export des dualen Systems der Berufsbildung
- Stärkung von Kooperationen zwischen staatlichen Stellen, Interessensvertretungen und Unternehmen (z.B. bei der Identifikation von Schwerpunktmärkten)
- Aktive und umfassende Kommunikation der Bedeutung von Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik für Arbeit und Wohlstand
- Umsetzungsplan und Evaluierung der Umsetzung (unter Federführung von BMDW, BMEIA und WKÖ)

Für die ausgearbeiteten Maßnahmen werden keine zusätzlichen budgetären Mittel zur Verfügung gestellt, sondern wird ihre Umsetzung aus den Budgets der zuständigen Ressorts gedeckt.

## Der Weg zur Außenwirtschaftsstrategie

Auf Basis des Ministerratsvortrags zur Entwicklung einer österreichischen Außenwirtschaftsstrategie vom April 2018 wurde ein Stakeholder-Prozess für deren partizipative Erarbeitung umgesetzt. Anspruch war es, ein breites Feld an für die Außenwirtschaft relevanten Stakeholdern in die Festlegung der Ziele und geplanten Maßnahmen einzubinden. Auf Basis eines strukturierten Dialogs zwischen Verwaltung und Exportwirtschaft gelang es, gemeinsam ein umfassendes Strategiepapier für die österreichische Außenwirtschaft zu erarbeiten.

Die Phasen des Prozesses im Überblick:

### Recherche- und Vorbereitungsphase

- Identifikation von relevanten Stakeholdern  
Durchführung von mehr als 20 Stakeholder-Interviews zur Themensondierung  
Ziel war eine erste Erhebung zukünftiger Trends und Herausforderungen für die österreichische Außenwirtschaft sowie relevanter Themenfelder, die im Rahmen der Arbeitsgruppen tiefergehend bearbeitet wurden.
- Aufbereitung der sieben Arbeitsgruppen mit Arbeitsgruppenleitern als inhaltliche Hosts

### Einbindungsphase

- Einbindung der Stakeholder im Rahmen von 14 dialogorientierten Arbeitsgruppensitzungen (sieben Arbeitsgruppen mit je zwei Runden) zur Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen  
Im Zuge der ersten Runde wurden Ideen und zentrale Aspekte für das jeweilige Arbeitsgruppen-Thema gesammelt. Die teilnehmenden Stakeholder priorisierten im Rahmen dieser ersten Sitzung Themenbereiche, die für die zweite Arbeitsgruppensitzung im Hinblick auf Ziele und Maßnahmen detaillierter bearbeitet wurden.
- Durchführung eines Wrap-up-Meetings zur Kommunikation der zentralen Inhalte aus den sieben Arbeitsgruppen an die Arbeitsgruppen-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer zur Gewährleistung des Gesamtüberblicks

### Redaktionsphase

- Verdichtung der gewonnenen Inhalte aus den Arbeitsgruppen unter der Federführung von BMDW gemeinsam mit BMEIA und WKÖ und den entsprechenden Arbeitsgruppenleitungen

Der Prozess wurde inhaltlich von insgesamt neun Arbeitsgruppenleitern begleitet.

<b>Arbeits- gruppe</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Leitung</b>
AG 1	Handelspolitik	BMDW: Dr. Manfred Schekulin MBA WKÖ: Dr. Ralf Kronberger
AG 2	Standort, Wettbewerbsfähigkeit, KMU	BMDW: Dr. Stefan Buchinger
AG 3	Internationalisierung, Wertschöpfungsketten, Schwerpunktsetzung	WKÖ: Mag. Patrick Sagmeister
AG 4	Werteorientierung, Nachhaltigkeit, EZA	BMEIA: Dr. Harald Stranzl
AG 5	Digitalisierung, Technologie, Innovation	BMDW: Mag. Wolfgang Ebner BMVIT: DI Dr. Andreas Weber
AG 6	Förderung, Finanzielles	BMF: Mag. Johann Kinast
AG 7	Organisation, Synergien, Kommunikation	BMDW: DI Franz Wessig

# 1 Außenwirtschaftspolitik mit Perspektive

Grundlage der Außenwirtschaftsstrategie sind das Bekenntnis zum regelbasierten multilateralen Handelssystem, zum Nutzen der Chancen der gemeinsamen EU-Handelspolitik sowie zu einer fakten- und analysebasierten Außenwirtschaftspolitik.

## 1.1 Für ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem und eine Stärkung der WTO

### Ausgangslage

Das regelbasierte multilaterale Handelssystem und die Welthandelsorganisation (WTO) haben in den letzten Jahrzehnten durch Rechtssicherheit und Vereinfachungen des internationalen Handels zur Hebung des globalen Wohlstands beigetragen. Sie sind angesichts immer globaler werdender Wertschöpfungsketten auch in Zukunft unerlässlich.

Das multilaterale Handelssystem muss inhaltlich wie organisatorisch weiterentwickelt werden. Die seit 1995 bestehenden globalen Handelsregeln der WTO sind an die geänderten Ansprüche eines modernen internationalen Handels mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen anzupassen. Inhaltliche Reformthemen sind die Integration globaler Wertschöpfungsketten, die Anforderungen einer digitalen Dienstleistungsgesellschaft und die Beseitigung ungerechtfertigter Diskriminierungen von Investoren. Die Entscheidungsfähigkeit des multilateralen Systems muss verbessert werden.

Der EU kommt bei der Weiterentwicklung des Welthandelssystems eine wesentliche Rolle zu. Über Reformbemühungen der WTO hinaus soll die EU-Handelspolitik – in Form bilateraler, regionaler und plurilateraler Handels- und Investitionsabkommen – die EU-Interessen auf WTO-konformer Weise vorantreiben und den Multilateralismus fördern.

Internationale Organisationen wie die OECD leisten ebenfalls wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung des globalen Handelssystems und sind in diesem Sinn zu stärken.

### Ziel

- **Das multilaterale System stärken und die WTO modernisieren**  
Österreich profitiert von den Vorteilen eines offenen und regelbasierten Welthandelssystems für Waren, Dienstleistungen, Investitionen, etc. Dieses System ist geschwächt und muss auf nationaler, europäischer und multilateraler Ebene gestärkt und verteidigt werden. So sind Angriffe auf die Funktionsfähigkeit des multilateralen

Welthandelssystems z.B. durch die Stärkung des WTO Streitbeilegungsmechanismus oder die Überprüfung der Ausnahmeregelungen (z.B. Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen) zur Sicherstellung des weltweiten Handelsfriedens abzuwehren. Es ist notwendig, die WTO auch inhaltlich an die Herausforderungen der digitalen Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts anzupassen und um moderne multilaterale Regeln für den digitalen Handel, den internationalen Handel mit Dienstleistungen, globale Wertschöpfungsketten, faire Bedingungen für Investoren sowie die effektive Umsetzung des Schutzes geistiger Eigentumsrechte zu ergänzen.

## **Maßnahme**

### **1. Inhaltliche Neuausrichtung der WTO mitgestalten**

Österreich wird sich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für eine Stärkung der WTO einsetzen und seine Expertise aktiv in die EU-Bemühungen zur inhaltlichen Weiterentwicklung der WTO einbringen. Auch auf WTO-Ebene wird sich Österreich dafür einsetzen, dass die Anliegen der Unternehmen in allen Verhandlungen verstärkt Berücksichtigung finden. Den Initiativen in den Bereichen Trade Facilitation, Investment Facilitation sowie den erwähnten Reformthemen kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

## **1.2 Aktives Mitwirken an einer modernen EU-Handelspolitik**

### **Ausgangslage**

Die Vergemeinschaftung der Handelspolitik ermöglicht es der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, ihre handelspolitischen Ziele auf globaler Ebene gemeinsam besser durchzusetzen.

Österreich profitiert von einer EU-Handelspolitik, welche die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die schrittweise Öffnung internationaler Waren-, Dienstleistungs- und Investitionsmärkte schafft sowie ungerechtfertigte Handelshemmnisse beseitigt, und die für hohe Produkt- und Schutzstandards, für Kooperation statt Strafen und für regelbasiertes Agieren statt Protektionismus eintritt. Österreich setzt sich weiters für faire Bedingungen im Rahmen der EU und des Völkerrechts im Beschaffungswesen ein.

Der politische Zugang zum grenzüberschreitenden Wirtschaften hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert: Protektionistische Tendenzen nehmen in vielen Ländern zu. Handels- und Investitionsabkommen müssen „fair“ sein und auch als „fair“ wahrgenommen werden, um die notwendige demokratische Unterstützung zu erhalten. Auf die Ausgewogenheit im landwirtschaftlichen Bereich ist zu achten. Technologische Entwicklung und Digitalisierung erfordern zeitgemäße handelspolitische Lösungen, um die damit verbundenen Chancen für Wachstum und Wohlstand nutzen zu können.

Der Brexit stellt eine wichtige Herausforderung für die EU-Handelspolitik dar: Einerseits müssen die Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich dauerhaft neu geregelt werden, andererseits ändert sich durch den Austritt des Vereinigten Königreichs die strategische Situation der EU in Verhandlungen mit Drittstaaten.

## Ziele

- **EU-Handelspolitik strategisch ausrichten**  
Um von den Vorteilen der Handelsliberalisierung profitieren zu können, sind klare Regeln für den offenen und fairen Handel notwendig. Seitens Österreichs ist auf europäischer und internationaler Ebene protektionistischen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten. Eine proaktive multilaterale EU-Handelspolitik und die Vertiefung der bilateralen und regionalen Handelsbeziehungen sollen Priorität haben.
- **Nutzung umfassender Handelsabkommen erleichtern**  
Umfassende Handelsabkommen ermöglichen ausgewogene und pragmatische Lösungen unter Berücksichtigung relevanter Aspekte (z.B. Beseitigung und Vermeidung ungerechtfertigter Handelshemmnisse, digitaler Handel, Investitionsschutz, Handel mit Umweltgütern und Dienstleistungen, internationale Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, effiziente Zollverwaltung, Zugang zu Energie und Rohstoffen, Nachhaltigkeit). Auf die Nutzbarkeit dieser Abkommen insbesondere für österreichische Unternehmen muss besonders geachtet werden. Wesentliches handelspolitisches Ziel Österreichs ist die Maximierung des Nutzens von EU-Handels- und Investitionsabkommen. Das erfordert die frühzeitige Einbindung von Unternehmensvertretern in Handelsverhandlungen.
- **Tragfähiges Post-Brexit-Regime etablieren**  
Das Post-Brexit-Handelsregime muss in einem umfassenden, fairen und umsetzbaren Abkommen im beiderseitigen Interesse definiert werden. Auf die Minimierung von negativen Effekten bis zum Inkrafttreten des endgültigen Regelwerks ist besonders zu achten.

## Maßnahmen

2. **Aktive Rolle in der EU-Handels- und Investitionspolitik spielen**  
Österreich soll bei Verhandlungen von umfassenden EU-Handels- und Investitionsabkommen eine gestaltende Rolle einnehmen und seine Expertise und seine Interessen proaktiv einbringen. Um Verhandlungen und Abschluss von Handelsabkommen in ausschließlicher EU-Zuständigkeit zu vereinfachen, sollen EU-Abkommen mit relevanten mitgliedstaatlichen Zuständigkeiten (z.B. Investitionsschutzabkommen) künftig separat abgeschlossen werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten mit ähnlichen Interessenlagen spielt dabei eine wichtige Rolle.

### **3. Umsetzungs-Roadmap bei Handels- und Investitionsabkommen erstellen**

Eine Umsetzungs-Roadmap und gezielte Hilfestellung für österreichische Unternehmen bei der Anwendung von EU-Handels- und Investitionsabkommen (z.B. bei der Nutzung der Zollpräferenzen durch die Unternehmen) stellen sicher, dass die Unternehmen optimal von Handelsabkommen profitieren können. Es sollen verstärkt Informationen zur Ausnützung der Vorteile von EU-Handels- und Investitionsabkommen zur Verfügung gestellt und dabei möglichst mit Multiplikatoren (z.B. Market Access Partnership, EU Trade Helpdesk, Civil Society Dialogue) verstärkt werden. In Österreich kommt dabei dem BMDW, dem BMEIA, dem BMF und der WKO eine besondere Rolle zu.

### **4. Neues Investitionsschutzmusterabkommen erarbeiten**

Wo nötig, werden EU-Investitionsabkommen durch bilaterale Investitionsschutzabkommen ergänzt. Zu diesem Zweck wird unter der Federführung von BMEIA und BMDW ein neues Investitionsschutzmusterabkommen erarbeitet, das auch die Basis für die Modernisierung bestehender Investitionsschutzabkommen bildet.

### **5. Post-Brexit-Phase aktiv gestalten**

Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU müssen die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen neu geregelt werden. Insbesondere für KMU sind rechtzeitige, zielgruppenorientierte Informationen und Hilfestellungen rund um den Austritt, während der allfälligen Übergangsphase und für die zukünftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen von herausragender Bedeutung.

## **1.3 Außenwirtschaftspolitik analytisch fundieren**

### **Ausgangslage**

Die rechtzeitige, systematische und umfassende Aufbereitung relevanter Fakten und Zusammenhänge ist sowohl für die Erarbeitung, als auch für die Evaluierung und Kommunikation der Handels- und Investitionspolitik unerlässlich. Internationale Studien gehen auf die Besonderheiten und die Interessen Österreichs häufig nicht oder nur am Rand ein. Die bessere Einbindung in internationale/europäische Forschungsnetzwerke erfordert auch ausreichende nationale Ressourcen.

Die vom BMDW initiierte und vom BMBWF im Wege der Leistungsvereinbarung mit der Wirtschaftsuniversität Wien unterstützte Forschungsplattform Internationale Wirtschaft (FIW) ist ein auch international anerkanntes Vorzeigeprojekt für eine funktionierende Partnerschaft zwischen Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftspolitik und Wirtschaft. Sie hat wesentlich zu einem besseren Verständnis außenwirtschaftlicher Zusammenhänge in Österreich beigetragen.

Moderne evidenzbasierte ökonomische Analysemethoden hängen vom Zugang zu disaggregierten Daten ab, für die in Österreich zum Teil noch gesetzliche Grundlagen fehlen.

Das reduziert die Aussagekraft wirtschaftspolitischer Analysen, erschwert internationale Forschungsk Kooperationen (z.B. im Rahmen der OECD) und verursacht unnötige Kosten.

## **Ziele**

- **Relevante Informationen systematisch aufbereiten**  
Außenwirtschaftlich relevante Daten und Analysen mit Schwerpunkt auf Österreichs Interessen sind als Grundlage für die Formulierung österreichischer Positionen, zur Evaluierung der Auswirkungen außenwirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie als Basis für eine faktenbasierte Kommunikation der Bedeutung der wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs systematisch aufzubereiten.
- **Kompetenzzentrum für Außenwirtschaftsforschung ausbauen**  
Das Profil der Forschungsplattform Internationale Wirtschaft (FIW) als international anerkanntes Vorbild für effiziente anwendungsorientierte Außenwirtschaftsforschung und -beratung soll weiter gestärkt werden.
- **Aussagekraft außenwirtschaftlicher Analysen erhöhen**  
Die Aussagekraft außenwirtschaftlicher Analysen ist durch die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen verbesserten Zugang zu disaggregierten Daten zu erhöhen. Dies schafft eine win-win-win Situation: Analysen werden aussagekräftiger und kostengünstiger. Unternehmen werden durch den Wegfall der Notwendigkeit von Umfragen entlastet.

## **Maßnahmen**

- 6. Forschungsagenda für Handels- und Investitionspolitik etablieren**  
Eine systematische Forschungsagenda schafft die Voraussetzung, um alle relevanten Fragestellungen erfassen und darauf optimal reagieren zu können.
- 7. Forschungsplattform Internationale Wirtschaft (FIW) stärken**  
Österreich soll sich als Kompetenzzentrum für angewandte Außenwirtschaftsforschung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa etablieren. Die Forschungsplattform Internationale Wirtschaft (FIW) ist dafür eine renommierte Plattform.
- 8. Moderne Analysemethoden erleichtern**  
Damit die Forschung für ihre Analysen einen besseren Zugang zu aufgeschlüsselten Daten erhält, sind dafür die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Datenschutz soll technisch und organisatorisch gewährleistet werden.

## 2 Außenwirtschaftspolitik mit Werteorientierung

Das österreichische Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell verfolgt das Ziel, die Werte der wirtschaftlichen Freiheit und Leistungskraft, des sozialen Ausgleichs und der nachhaltigen Entwicklung gemeinsam zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang tritt Österreich aktiv für den Schutz von Menschenrechten und den Ausbau der Rechtsstaatlichkeit sowie für hohe internationale Produkt-, Umwelt- und Sozialstandards ein. Werteorientierung, Nachhaltigkeit und unternehmerische Verantwortung sind Qualitäten, mit denen sich Österreich im internationalen Wettbewerb positioniert. Der Trend zur Nachhaltigkeit und der zunehmende Bedarf an nachhaltigen, ressourcensparenden Produkten, Technologien und Know-how bieten große Chancen und einen globalen Markt. Unternehmen aus Österreich sind bereits jetzt Vorreiter und Branchenführer in Bereichen wie Umwelttechnologie, erneuerbare Energie, Mobilität und innovative urbane Infrastruktur.

### 2.1 Werteorientierung als Teil der österreichischen Identität

#### **Ausgangslage**

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind Fundamente der österreichischen Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Zum bewussten Umgang mit Werten gehört auch die Wahrnehmung der unternehmerischen Verantwortung im Sinne der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die Vermeidung negativer Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns auf Menschenrechte, die Einhaltung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sowie der Einsatz für nachhaltige Entwicklung. Verantwortungsbewusstes und nachhaltiges Wirtschaften erleichtert es Unternehmen, Risiken zu managen und Marktpotenziale zu nutzen. Es schafft Vertrauen und trägt maßgeblich zur Stärkung des Profils Österreichs und österreichischer Unternehmen als verlässliche Partner bei. Davon profitieren der Standort Österreich und alle heimischen Unternehmen.

Globale Herausforderungen, wie Menschenrechtsverletzungen, Korruption, grenzüberschreitende (Wirtschafts-)Kriminalität, unfaire Wettbewerbspraktiken sowie illegaler Handel in all seinen Formen können nur durch internationale Zusammenarbeit wirksam bekämpft werden. Durch den Einsatz für entsprechende internationale Standards und die aktive Mitwirkung an deren Ausarbeitung und Umsetzung trägt Österreich auch zu fairen Rahmenbedingungen im Sinne eines „level playing field“ für heimische Unternehmen bei.

Werteorientierung manifestiert sich auch im konkreten politischen Handeln, beispielsweise bei der Ausgestaltung der Besuchsdiplomatie, der Exportkontrolle oder bei der Verhängung von internationalen Wirtschaftssanktionen als ultima ratio, wenn andere außen- und sicherheitspolitische Instrumente nicht zum Ziel führen. Bei der Einrichtung und Umsetzung von Wirtschaftssanktionen sind Wettbewerbsverzerrungen möglichst zu vermeiden und betroffene Unternehmen rechtzeitig und umfassend zu informieren. Extraterritorial wirkende Sanktionen von Drittstaaten verstoßen gegen internationales Recht. Ihnen ist entschieden entgegenzutreten.

## **Ziele**

- **Außenwirtschaftspolitik wertebewusst gestalten**

Die österreichische Außenwirtschaftspolitik bekennt sich zu Menschenrechten, Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung, unternehmerischer Verantwortung, Transparenz, guter Regierungsführung und zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen. Diese Werteorientierung, zu der auch der Kampf gegen illegale Handelspraktiken und illegalen Tierhandel sowie der Schutz der kulturellen Vielfalt gehören, muss kommuniziert und gelebt werden.

- **Faire Standards fördern**

Durch das aktive Eintreten Österreichs für entsprechende internationale Standards und deren angemessene Umsetzung in internationalen Organisationen, Foren sowie in EU-Handels- und Investitionsabkommen werden faire globale Rahmenbedingungen für österreichische Unternehmen angestrebt.

- **Unternehmerische Verantwortung unterstützen**

Österreichs Unternehmen werden dabei unterstützt, sich ihrer unternehmerischen Verantwortung bewusst zu werden und entsprechend zu handeln. Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die dafür eingerichteten Nationalen Kontaktpunkte (NKPs) spielen dabei eine wichtige Rolle.

## **Maßnahmen**

### **9. Werteorientierung aktiv kommunizieren**

Werteorientierung, Nachhaltigkeit und unternehmerische Verantwortung sind wesentliche Kennzeichen des europäischen und österreichischen Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells und daher auch Bestandteil der österreichischen Außenwirtschaftspolitik. Diese Werteorientierung, die auch den Einsatz für Menschenrechte, Transparenz und Förderung der guten Regierungsführung und Integrität sowie die Bekämpfung von illegalem Handel in all seinen Formen umfasst, ist aktiv zu kommunizieren.

#### **10. Internationale Standards wirtschaftsnah umsetzen**

Österreich wird sich in internationalen Organisationen, Foren und Verhandlungen aktiv für österreichischen bzw. europäischen Werten entsprechende Standards einsetzen. Nachhaltigkeitsbestimmungen in EU-Handels- und Investitionsabkommen einschließlich Bestimmungen zur Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und illegalem Handel spielen dabei eine wichtige Rolle. Die effiziente und die Bedürfnisse der Wirtschaft berücksichtigende Umsetzung dieser Standards schafft Rechtssicherheit und vermeidet Benachteiligungen von österreichischen Unternehmen.

#### **11. Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen minimieren**

Bei der Verhängung von internationalen Wirtschaftssanktionen wird Österreich, unter Beachtung der relevanten nationalen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen, darauf achten, dass es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen kommt und österreichische Unternehmen im Hinblick auf außenwirtschaftliche Effekte rechtzeitig und umfassend informiert werden. In der EU wird Österreich dafür eintreten, dass extraterritorial wirkenden Sanktionen von Drittstaaten effektiv begegnet wird.

#### **12. Österreichischen Nationalen Kontaktpunkt als „One-Stop-Shop“ für unternehmerische Verantwortung stärken**

Zur effizienten Unterstützung von österreichischen Unternehmen bei der Wahrnehmung ihrer unternehmerischen Verantwortung auch im grenzüberschreitenden Geschäft wird die Kommunikations- und Vermittlungsarbeit des österreichischen Nationalen Kontaktpunkts (öNKP) für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verstärkt. Unternehmen sollen animiert werden, risikobasierte Due-Diligence-Prozesse durchzuführen, um mögliche negative Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern. Für Geschäftstätigkeiten in besonders sensiblen Regionen werden bedarfsorientierte „Risiko-Guides“ erstellt.

## 2.2 Nachhaltige Entwicklung als Chance für Unternehmen und Standort

### Ausgangslage

Österreich hat sich zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihrer 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung bekannt. Die Sustainable Development Goals (SDGs) dienen Unternehmen als Orientierungsrahmen und helfen, Marktchancen und Projekte im internationalen Umfeld zu erkennen.

Wirtschaftlicher Erfolg ist zunehmend auch von sozialen und ökologischen Faktoren abhängig. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, demographische und klimatische Veränderungen sowie starke soziale Ungleichheiten können das Unternehmensumfeld zunehmend unsicher gestalten. Die Berücksichtigung der SDGs trägt dazu bei, auch unter sich verändernden Bedingungen erfolgreich zu wirtschaften. Sie kann Innovationen fördern und eröffnet Unternehmen großes ökonomisches Potential, z.B. in den Bereichen Ernährung, Städteentwicklung, Energie und im Gesundheitssektor. Die Umsetzung der SDGs erfolgt in Österreich durch die Ministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit müssen nicht im Widerspruch zu wirtschaftlichem Erfolg stehen, im Gegenteil: Umwelt und nachhaltige Technologien sind ein Schlüsselmarkt des 21. Jahrhunderts. Der globale Trend zur Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft sowie die steigende Nachfrage nach nachhaltigen Produkten und Technologien sind eine große Chance für die österreichische Wirtschaft. Heimische Unternehmen sind heute schon vielfach in Branchen wie Umwelttechnologie, erneuerbare Energie oder mit innovativen Infrastrukturlösungen führend. Sie leisten als Anbieter von nachhaltigen Technologien und Know-how wichtige Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltige und faire Wirtschaftspartnerschaften zwischen österreichischen Unternehmen und lokalen Partnern verbessern auch die Lebensgrundlagen und -perspektiven der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie können damit Migrationsdruck reduzieren. Nachhaltiges Wirtschaften ist ein Schwerpunkt des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 2019 – 2021.

### Ziele

- **Sustainable Development Goals (SDGs) für wirtschaftlichen Erfolg nützen**

Die SDGs und der globale Trend zur Nachhaltigkeit sind verstärkt als Marktchance zu kommunizieren. Das Innovationspotential nachhaltiger Entwicklung ist bestmöglich zu nutzen. Dabei kann auf bestehenden Plattformen, Formaten und Initiativen, wie SDG Business Forum, UN Global Compact, corporAID, respACT und TRIGOS aufgebaut werden.

- **Dialog zwischen Wirtschaft und Entwicklung ausbauen**  
Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren soll institutionell vertieft werden, um Kompetenzen zu bündeln und mit konkreten thematischen und regionalen Schwerpunktsetzungen die Erfolgchancen österreichischer Unternehmen am Zukunftsmarkt Nachhaltigkeit zu steigern. Im Rahmen der wirtschaftsrelevanten Entwicklungszusammenarbeit sind österreichische Unternehmen zu berücksichtigen.
- **Innovationspotenziale nachhaltiger Entwicklung nutzen**  
Die unternehmerische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung eröffnet neue Innovationsfelder, die für den gesamten Standort relevant sind. In diesem Sinn arbeitet etwa die WKO gemeinsam mit BMDW, BMEIA/ADA, BMF/OeKB/OeEB, BMVIT, BMBWF und anderen an der Vernetzung von Innovationsakteuren aus Österreich und aus Partnerländern.

## Maßnahmen

### 13. Geschäftschance Nachhaltigkeit aktiv kommunizieren

Der Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur effektiven Umsetzung der SDGs wird intensiviert. Unternehmen werden gezielt für die neuen Markt- und Innovationschancen, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energie, Wasser, Forst, Gesundheit, Mobilität und innovative urbane Infrastruktur sensibilisiert. Dabei wird auf bestehenden Plattformen, Formaten und Initiativen sowie auf die Vorbildwirkung erfolgreicher österreichischer Institutionen und Unternehmen aufgebaut.

### 14. Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Entwicklung stärken

Die Identifikation der mit den SDGs verbundenen Chancen setzt die Zusammenarbeit aller relevanten Stakeholder – insbesondere des BMEIA, des BMDW, des BMBWF des BMF, der ADA sowie der WKO – voraus, um das Expertenwissen staatlicher Akteure, von Unternehmen und von Nichtregierungsorganisationen zu bündeln. Gemeinsam werden konkrete thematische und geografische Schwerpunkte bearbeitet. Große Chancen bietet z.B. Südosteuropa, die Kaukasusregion und Afrika, wo auf bestehenden Verschränkungen zwischen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut werden kann. Der thematische Fokus liegt auf praxisorientierter Berufsbildung unter Einbeziehung der lokalen Bildungsinstitutionen und – Verwaltungen, Entwicklungsforschung, nachhaltigen Geschäftsmodellen und Lieferketten, Innovation sowie auf IFI-finanzierte Projekte.

### 15. Wirtschaftspartnerschaften fördern

Nachhaltige und faire Wirtschaftspartnerschaften zwischen österreichischen Unternehmen und lokalen Partnern leisten einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Perspektiven vor Ort. Sie sind ein wichtiges Instrument, um Akteure zu vernetzen und internationale Partnerschaften zu fördern.

# 3 Außenwirtschaftspolitik mit Standort-Effekt

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Außenwirtschaft ist eine Standortpolitik, die österreichische Unternehmen dabei unterstützt, international wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen herzustellen und zu vermarkten. Gleichzeitig soll die Außenwirtschaftspolitik den Standort stärken. Die erfolgreiche Eingliederung in globale und regionale Wertschöpfungsketten ist dabei ebenso wichtig wie technologische Entwicklungen und eine innovative klein- und mittelbetrieblich strukturierte Wirtschaft. Weitere Erfolgsfaktoren sind u.a. der Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften, zu Know-how, zu wichtigen Rohstoffen sowie der Schutz strategisch bedeutsamer Infrastrukturen.

## 3.1 Österreich in globalen und regionalen Wertschöpfungsketten stärken

### **Ausgangslage**

In der Wertschöpfungskette vor- und nachgelagerte Aktivitäten gewinnen für die Wettbewerbsfähigkeit immer mehr an Bedeutung. Dienstleistungen machen laut OECD rund 70 Prozent der österreichischen Wertschöpfung aus. Die Wertschöpfungsketten werden zunehmend international, unterstützt von neuen Technologien wie Blockchain, 3D-Druck, Künstliche Intelligenz (KI) und E-Mobility. Der Anteil ausländischer Wertschöpfung in österreichischen Exporten lag laut OECD 2014 bei rund 27 Prozent. Er nimmt weiter zu, da die österreichische Industrie – und dabei immer mehr KMU – Vor- und Zwischenprodukte vermehrt von ausländischen Lieferanten bzw. eigenen Auslandsniederlassungen beziehen. Umgekehrt steckt in vielen Produkten ein erheblicher Anteil „Made in Austria“.

Neben der hohen Innovationskraft und der hohen Lebensqualität ist vor allem das starke Netzwerk der österreichischen Wirtschaft in Zentral-, Ost- und Südosteuropa eine Unique Selling Proposition (USP) des Standortes. Über 300 Headquarter internationaler Konzerne für Zentral- und Osteuropa sind in Österreich angesiedelt. Im Mittelpunkt stehen Vertriebs- und Konzernfunktionen. Zunehmend siedeln sich auch Konzerne und Unternehmen aus Osteuropa und Asien in Österreich an. Der Lückenschluss von Wertschöpfungsketten in Österreich durch die gezielte Ansiedlung geeigneter ausländischer Unternehmen ist eine wichtige standortpolitische Aufgabe.

## Ziele

- **Österreichische Unternehmen an internationale Wertschöpfungsketten heranführen**

Die Einbindung österreichischer Unternehmen in internationale Wertschöpfungsketten wird weiter zunehmen. Die Analyse der Wertschöpfungsketten als Basis für Strategieentscheidungen, die den nachhaltigen Unternehmenserfolg absichern sollen, erfordert eine Zusammenführung von Branchen- und Standortinformationen aus unterschiedlichsten Märkten. Die Analyse muss auch Konkurrenten, Rohstofflieferanten, Zulieferer und Technologiepartner einbeziehen.

- **Österreich als Standort für ausländische Unternehmen in Schlüsselbranchen attraktiver machen**

Österreich muss als Standort für ausländische Kompetenzzentren in Schlüsselbereichen noch attraktiver werden und die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit internationaler Unternehmen in Österreich unter Nutzung der vielfältigen Stärken durch Kooperationen mit österreichischen Regionen und Forschungseinrichtungen weiter gesteigert werden. Das erleichtert österreichischen Unternehmen den Zugang zu neuen Technologien sowie zu Forschungs- und Vertriebsnetzwerken.

## Maßnahmen

### 16. Branchenspezifische Unterstützung intensivieren

Die branchenspezifischen Unterstützungsangebote im Rahmen des Bereichs Branchenfokus und Wertschöpfungsketten von „go-international“ werden weiter intensiviert. Besonderes Augenmerk liegt auf der Bildung von Konsortien, bestehend aus Leitbetrieben und KMU, für eine erfolgreiche Beteiligung an Großprojekten.

### 17. Lücken in österreichischen Wertschöpfungsketten schließen

Aufbauend auf einer systematischen Bestandsaufnahme der Kernkompetenzen sowie bereits bestehender Beziehungen zu Geschäftspartnern sollen Lücken in nationalen Wertschöpfungsketten identifiziert werden. Auf dieser Basis wird ein Kriterien- und Anforderungskatalog zur Auswahl und Ansprache potentieller Kandidaten für eine Betriebsansiedlung in Österreich erarbeitet. Dies umfasst auch die gezielte Ansprache internationaler Unternehmen in Zukunftstechnologien wie E-Mobility und Künstliche Intelligenz. Zu diesem Zweck finden regelmäßige Workshops von BMDW und WKO gemeinsam mit österreichischen Clustern statt.

### 18. ABA zur Standortagentur ausbauen

Die Austrian Business Agency ABA - Invest in Austria ist eine zentrale Anlaufstelle für ausländische Unternehmen, die in Österreich eine Niederlassung gründen wollen. Sie wirbt im internationalen Standortwettbewerb mit den Vorzügen des Standortes Österreich und wird dabei vor Ort durch die österreichischen Auslandsnetzwerke des BMEIA und der WKÖ unterstützt. Weil der Fachkräftemangel für die heimische Wirtschaft

eine Wachstums- und Innovationsschranke darstellt, wird die ABA - *Invest in Austria* zu einer Standortagentur weiterentwickelt, die auch die Anwerbung von Fachkräften nachhaltig unterstützen soll. Die Bewerbung des Standortes Österreich muss insbesondere in Bezug auf Schlüsselbranchen und -technologien intensiviert werden.

### **19. Verwendung von Englisch in der Verwaltung erleichtern**

Um den Standort Österreich für ausländische Unternehmen noch attraktiver zu machen, soll die Verwendung von Englisch zur Abwicklung von Formalitäten im Behördenverkehr gefördert werden. In ausgewählten Bereichen sollen Dokumente in englischer Sprache zugelassen werden. Darüber hinaus sollen wirtschaftsrelevante Gesetze und Vorschriften in englischer Sprache bereitgestellt werden.

## **3.2 Klein- und mittelständische Unternehmen gezielt fördern**

### **Ausgangslage**

99,7 Prozent aller Betriebe in Österreich sind KMU. Sie bilden das Rückgrat der heimischen Wirtschaft. KMU beschäftigen rund zwei Millionen Personen und erzielen einen Umsatz von fast 500 Milliarden Euro.

Auf KMU entfallen 61 Prozent der Warenimporte bzw. 48 Prozent der Warenexporte. Dazu kommt eine wachsende Zahl von innovativen Kleinstunternehmen, die oft keinen angestammten Heimmarkt haben, sondern mithilfe von neuen Technologien und Digitalisierung in einem sehr frühen Stadium beginnen, weltweit zu exportieren und am globalen Wirtschaftsgeschehen teilzunehmen.

Im grenzüberschreitenden Geschäft profitieren KMU von ihrer Leistungsbereitschaft und Flexibilität. Andererseits werden sie von Zöllen, regulatorischen Handelshemmnissen und bürokratischen Schranken überproportional belastet. Zahlungsausfälle werden schnell zu existentiellen Risiken und die Rechtsdurchsetzung, z.B. bei Patentstreitigkeiten, übersteigt häufig die verfügbaren finanziellen Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, KMU optimal beim internationalen Wachstum, der Digitalisierung und damit bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in Österreich zu unterstützen. Die Förderung von KMU und Erstexporteuren stellt daher einen Schwerpunkt von „go-international“ dar. Seit Beginn des Programms im Jahre 2003 wurden annähernd 35.000 neue Unternehmen – fast ausschließlich KMU – in internationale Märkte begleitet.

## Ziele

- **KMU an internationale Märkte heranzuführen**  
Das Unterstützungsangebot für KMU wird intensiviert und noch stärker auf deren Bedürfnisse abgestellt.
- **Kooperation von Generalunternehmen und KMU-Lieferanten stärken**  
Die Bereitschaft von in- und ausländischen Generalunternehmern, mit österreichischen KMU zu kooperieren, soll weiter gesteigert werden.
- **KMU-Anliegen in Handelsabkommen verankern**  
KMU profitieren überdurchschnittlich vom Abbau von Handelshemmnissen, wenn sie deren Vorteile gut kennen und richtig nutzen können. Daher ist bei der Ausgestaltung und Umsetzung handelspolitischer Maßnahmen sowohl auf WTO- als auch auf EU-Ebene auf die speziellen Anforderungen von KMU besonders zu achten.
- **KMU bei der Digitalisierung aktiv unterstützen**  
Der Digitalisierungsgrad von KMU und damit deren Möglichkeiten, ihre Produkte und Dienstleistungen digital zu vertreiben, sollen verbessert werden. Durch Digitalisierungsmaßnahmen können sich KMU neue Geschäftsfelder und Absatzmöglichkeiten im Ausland erschließen.

## Maßnahmen

### **20. Kooperationsplattformen für KMU, Generalunternehmen, Banken und Versicherungen etablieren**

Im Rahmen von „go-international“ werden Kooperationsplattformen zur Vernetzung von österreichischen KMU mit Generalunternehmen sowie Finanz- und Beratungsdienstleistungen zum fokussierten Zugang zu Großprojekten geschaffen. Arbeitsgemeinschaften bewerben sich für globale Großprojekte und realisieren komplexe Projekte durch die Kombination der Kompetenzen. Zusätzlich wird eine digitale Vernetzungsplattform mit Sektor-, Länder- sowie Regionen-Communities aufgebaut, die neben den österreichischen Unternehmen und den Auslandsnetzwerken von BMEIA und WKÖ auch die Vertreter Österreichs an internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und anderen Institutionen einbezieht. Um österreichischen Unternehmen auch Zugang zu internationalen Generalunternehmen zu ermöglichen, werden Kooperationsplattformen zur Vernetzung mit internationalen Generalunternehmen auf Drittmärkten aufgebaut.

### **21. Förderungen für KMU ausbauen**

Das zielgruppenspezifische Förderangebot für KMU im Rahmen von „go-international“ wird weiter ausgebaut. Eine Evaluierung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) unterstützt dieses Ziel.

## 22. **KMU-freundliche Gestaltung und Umsetzung von Handelsabkommen forcieren**

Österreich wird sich für die verstärkte Berücksichtigung der Interessen von KMU in der Gestaltung und Umsetzung von multilateralen und EU-Handels- und Investitionsabkommen einsetzen. Ein Anliegen ist die Einrichtung einer zentralen EU-Anlaufstelle für die handelspolitischen Interessen von KMU. In Österreich bieten das BMDW und die WKO verstärkt Informationen an, um KMU die Nutzung der Vorteile dieser Abkommen zu erleichtern.

## 23. **KMU DIGITAL neu gestalten**

Um die österreichischen KMU bei ihrer Planung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen noch besser zu unterstützen, wird das bestehende Programm „KMU DIGITAL“ des BMDW und der WKO ausgebaut.

# 3.3 **Fachkräfte sichern**

## **Ausgangslage**

Der Fachkräftemangel stellt für die heimische Wirtschaft bereits eine relevante Wachstums- und Innovationsbremse dar. Laut einer Studie des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) leiden 75 Prozent der österreichischen Unternehmen darunter. 60 Prozent der Betriebe klagen über dadurch verursachte Umsatzeinbußen. Wichtige Ansatzpunkte zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sind die höhere Mobilität von inländischen Fachkräften, intensiviertere Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Anwerbung von Fachkräften aus dem EU-Ausland. Das österreichische Modell der dualen Berufsausbildung sowie die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sind ein Asset für die Fachkräfteentwicklung und bergen zudem erhebliches Exportpotential.

## **Ziele**

- **Fachkräftepotenzial in Österreich fördern**

Vorrangig muss das Fachkräftepotenzial der heimischen Erwerbsbevölkerung genutzt und entwickelt werden. In diesem Zusammenhang spielen Maßnahmen und Initiativen zur Steigerung der Mobilität von Fachkräften, der Aus- und Weiterbildung sowie der Erwerb von Sprach- und interkulturellen Kompetenzen eine wichtige Rolle. Neuen Bevölkerungsgruppen ist (beispielsweise nach der Matura) der Zugang zur Lehre zu eröffnen.

- **Fachkräftezuwanderung gezielt lenken**

Um die Anwerbung und Zuwanderung von Fachkräften aus dem EU-Raum optimal zu steuern, wird die ABA - *Invest in Austria* zu einer Standortagentur weiterentwickelt. Eine eigene ABA-Einheit beschäftigt sich mit der Fachkräfteanwerbung gemäß den Bedürfnissen der österreichischen Unternehmen.

- **Duale Ausbildung internationalisieren**

Die Kooperation von BMDW, BMEIA/ADA, BMBWF und WKÖ zur Implementierung von dualen Ausbildungsprojekten in attraktiven Drittstaaten soll weiter ausgebaut werden. Das Potential des österreichischen Bildungssystems, vor allem der ganzheitliche Ansatz der Berufsbildung, soll entsprechend vermittelt werden.

## **Maßnahmen**

### **24. Bildungs- und Qualifikationsbedarf im Bereich Außenwirtschaft erheben**

Im Zuge der Erhebung ist auch das besondere Potenzial interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund zu adressieren.

### **25. Mobilität und Sprachkompetenz in der Ausbildung fördern**

Aufbauend auf der Grundlagenarbeit des BMBWF im Bereich Muttersprachiger Unterricht in 26 Erstsprachen sowie im Bereich der Stärkung von Kompetenzen von Lehrkräften in der Aus- und Fortbildung, sollen Mobilität und damit verbunden auch die Sprachkompetenzen österreichischer (Berufs-)Schülerinnen und Schüler sowie Studierender unter gezielter Nutzung von europäischen Mobilitätsprogrammen wie EURES und Erasmus+ ausgebaut werden.

### **26. Potenziale von Auslandsschulen und internationalen Studienprogrammen nützen**

Österreichische Auslandsschulen sind ein wichtiges Aushängeschild Österreichs und oft eine erste Kontaktstelle für Jugendliche. Konkrete Kooperationsprojekte sollen das Interesse für eine berufliche Karriere in Österreich wecken. Auch österreichische Studienprogramme können – durch die Internationalisierung der Curricula sowie durch die verstärkte Ausrichtung auf gemeinsame Studienprogramme und der Förderung von Auslandsaufenthalten – gezielt auf die Interessen der österreichischen Außenwirtschaft und für Kontakte zu hochqualifizierten jungen Menschen aus dem Ausland genutzt werden. Dies gilt auch für andere bilaterale Kooperationen von Hochschul- und Forschungseinrichtungen in Zielregionen.

### **27. Konkrete Anwerbeaktivitäten durchführen**

ABA - Invest in Austria und WKÖ führen eine Kommunikationskampagne nach dem Vorbild „Make it in Germany“ durch und etablieren eine zentrale Anlaufstelle für Interessierte.

## 28. Duale Ausbildung, zur Stärkung österreichischer Unternehmen, ins Ausland exportieren

Der Export des österreichischen Systems der dualen Ausbildung wird forciert. Dies erfolgt gemäß den Bedürfnissen der im Ausland tätigen österreichischen Unternehmen. Im Ausland nach österreichischem System ausgebildete Fachkräfte können auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Österreich leisten. Der bürokratische Aufwand für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen soll schrittweise erleichtert werden.

## 3.4 Kritische Infrastrukturen und Technologien schützen sowie den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen sichern

### Ausgangslage

Weltweit ist eine Zunahme von ausländischen Übernahmen in sensiblen Bereichen zu beobachten (z.B. IT, kritische Infrastrukturen wie Energie, Wasser oder Rohstoffe). In Österreich steht seit 2011 das Außenwirtschaftsgesetz (§ 25a) als rechtliche Handhabe gegen solche Übernahmen zur Verfügung, wenn diese eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen. Derzeit laufen in diesem Bereich Rechtsetzungsverfahren in mehreren EU-Staaten und auf EU-Ebene.

Gerade die exportorientierte Industrie ist auf einen verlässlichen Zugang zu bzw. die ausreichende Verfügbarkeit von notwendigen Rohstoffen und Halbfertigprodukten angewiesen. Im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) wird derzeit die Rohstoffstrategie 2019 entwickelt.

### Ziele

- **Kritische Infrastruktur wirksam schützen**  
Zur Wahrung der nationalen öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist der Schutz kritischer Infrastrukturen und Technologien vor ausländischen Übernahmen zu gewährleisten. Dabei ist darauf zu achten, dass Österreich für unternehmerische Aktivitäten offen bleibt und dass EU- und völkerrechtliche Vorgaben eingehalten werden. Durch die Sicherstellung strategischer Mehrheiten soll die Abhängigkeit von ausländischen Investoren reduziert werden.
- **Versorgung mit strategisch wichtigen Rohstoffen sicherstellen**  
Die österreichische Wirtschaft braucht sicheren Zugang zu und langfristige Versorgung mit strategisch wichtigen Rohstoffen wie Gas, Öl und Metallen. Das Einbringen von österreichischen Interessen bei bi- und multilateralen Handelsabkommen der EU ist zu forcieren. Darüber hinaus ist anzustreben, dass Österreich eigene „Rohstoffabkommen“ mit konkreten Zielländern abschließt. Das Recycling von kritischen Rohstoffen, insbesondere von Rohstoffen aus Elektroschrott, ist zu intensivieren. Forschung und Entwicklung sowie die weitere Automatisierung von Prozessen in Richtung Bergbau 4.0 sind voranzutreiben.

## **Maßnahmen**

### **29. Investitionskontrollmechanismus weiterentwickeln**

Der österreichische Investitionskontrollmechanismus wird im Einklang mit den Ergebnissen des laufenden EU-Gesetzgebungsverfahrens durch eine Novelle des AußWG 2011 weiterentwickelt und ergänzt. Dadurch soll der effektive Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei der Übernahme österreichischer Unternehmen durch Personen oder Gesellschaften mit Wohnsitz oder Sitz in EU-Drittstaaten (mit Ausnahme Schweiz, EWR sowie im Einklang mit internationalen Verpflichtungen Österreichs) erweitert werden. Besonderes Augenmerk wird dabei kritischen Technologien und der kritischen Infrastruktur eingeräumt. Außerdem sollen die notwendigen staatlichen Instrumente zur Verfügung stehen, um gegebenenfalls Anteile an strategisch wichtigen Unternehmen erwerben zu können.

### **30. Strategische Wertschöpfungsketten analysieren und Maßnahmenpaket zur Rohstoffsicherung entwickeln**

Aufbauend auf einer eingehenden Analyse strategischer Wertschöpfungsketten samt Handlungsoptionen (Rohstoffabkommen, strategische Investitionen, Diversifizierung der Bezugsquellen, Recycling, etc.) wird im Einklang mit der Rohstoffstrategie 2019 des BMNT ein Maßnahmenpaket zur nachhaltigen, umwelt- und sozialverträglichen Rohstoffsicherung erarbeitet.

# 4 Außenwirtschaftspolitik mit Schwerpunkten

## **Ausgangslage**

Für die im internationalen Vergleich kleine österreichische Volkswirtschaft ist der Zugang zu globalen Märkten erfolgsentscheidend. Die Exportquote von Dienstleistungen und Gütern liegt bei über 53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Bestand der Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland macht lt. UNCTAD mehr als 54 Prozent des BIP aus.

Europa ist Österreichs Heimmarkt. Der Binnenmarkt ist für viele Unternehmen ein erster Schritt in die Internationalisierung. 80 Prozent der österreichischen Exporte gehen in die EU. In Vergleich zu 2000 (85,5 Prozent) hat sich die Fokussierung auf Europa nur geringfügig verringert.

Mehr als 40 Prozent des weltweiten Wirtschaftswachstums findet jedoch in Asien, insbesondere in China, statt. Auch andere Weltregionen, wie Afrika und Südamerika, haben großes Zukunftspotential für österreichische Unternehmen. Mit gezielter Marktdiversifizierung in neue Wachstumsregionen kann die Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft von einzelnen Märkten reduziert und ihre Resilienz gegenüber unvorhersehbaren Entwicklungen gesteigert werden.

Exporte und Investitionen liegen in einer Marktwirtschaft mit wenigen Ausnahmen (z.B. Wirtschaftssanktionen) in der freien Entscheidung der Unternehmen. Deren Marktkenntnisse gehen in der Regel auch weit über das institutionelle Know-how von Markt-, Sektor- und Produktentwicklungen hinaus. Gleichzeitig sind angesichts knapper Budgetmittel Schwerpunktsetzung und Koordination außenwirtschaftlich relevanter staatlicher Aktivitäten Voraussetzung für deren Erfolg.

Besondere Beachtung verdienen dabei Infrastrukturprojekte. Besonders erfolgreich abgeschlossene IFI-finanzierte Projekte können einen wichtigen ersten Schritt in neue Zielregionen und Wachstumsmärkte darstellen und zu Folgeaufträgen führen. Hohe Qualitätsansprüche bei IFI-Ausschreibungen kommen qualitätsorientierten österreichischen Lösungen, insbesondere in Nischenbereichen und bei Infrastrukturprojekten, welche komplexe Produkte sowie Planungs- oder Ingenieursdienstleistungen erfordern, zusätzlich entgegen.

## Ziele

- **Österreichische Stärken auch außerhalb der klassischen Exportmärkte umsetzen**  
Wachstumsmärkte, speziell in Asien, werden nachhaltig erschlossen. Die Beziehungen zu Kernmärkten werden vertieft und diese auch als Sprungbrett für Drittstaatenkooperationen genutzt.
- **Strategische Zukunftsmärkte besonders bearbeiten**  
Die gemeinsame Definition strategischer Zielregionen für eine Verdichtung des politischen Dialogs, die weiterführende Unterstützung bei der Projektvorbereitung auch im Infrastrukturbereich (IFIs, EU, Drittstaatenkooperationen, etc.) und eine Abstimmung von wirtschaftlichen und politischen Initiativen in der Forschungs- und Entwicklungspolitik verbessern die Wettbewerbsbedingungen für österreichische Unternehmen entscheidend und stärken den Standort.
- **Branchenoptimiert Schwerpunkte setzen**  
Unterschiedliche Branchen haben unterschiedliche Ziel- und Zukunftsmärkte. Die Identifikation vielversprechender Länder-Branchen-Kombinationen und -Absatzkanäle ist daher für eine strategische Schwerpunktsetzung erfolgsentscheidend. Ein besonderer Fokus liegt auf Dienstleistungen als traditionelle „Speerspitze“ für Warenexporte. Branchen, wie zum Beispiel jene der Life Sciences, Sicherheitstechnologien sowie Robotics weisen einen besonders hohen Anteil an Forschung und Innovation auf. Zudem stehen sie für hochqualifizierte Beschäftigung, hohe österreichische Wertschöpfung und sind zunehmend von außenwirtschaftlicher Bedeutung.
- **Großereignisse und globale Initiativen für die Positionierung der österreichischen Wirtschaft nutzen**  
Die gezielte Nutzung von Großereignissen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Positionierung der österreichischen Wirtschaft und Anknüpfungspunkt für den weiteren Aufbau von Handelsbeziehungen in Wachstumsmärkten. Internationale Vereinbarungen definieren häufig Ziele, die in weiterer Folge durch teilweise großvolumige öffentliche, gemischte oder private Finanzierungen umgesetzt werden, und an die österreichischen Unternehmen gezielt herangeführt werden.
- **Beteiligung an internationalen Infrastrukturprojekten fördern**  
Große IFI- oder staatliche (z.B. Neue Seidenstraße) Infrastrukturprojekte bieten österreichischen Unternehmen gute Chancen. Strategisch relevant ist vor allem die Teilnahme von Dienstleistungsanbietern (von Projektidentifizierung, Prefeasibility- und Machbarkeitsstudien über Planung und Ausschreibung bis zu Controlling, Organisationsentwicklung und Training) sowie der Zugang zu Finanzierungen. Ressortbezogene, bilaterale Kooperationsvereinbarungen (Abkommen, MoUs, ...) können hier flankierend wirken. Voraussetzung für die erfolgreiche Beteiligung insbesondere von KMU an internationalen Ausschreibungen ist das bessere Verständnis des Projektzyklus und der internationalen Ausschreibungsverfahren.

## **Maßnahmen**

### **31. Österreichische Präsenz in Wachstumsmärkten ausbauen**

Die österreichische Präsenz in Wachstumsmärkten wird gezielt ausgebaut. Dazu zählen die entsprechende Ausrichtung der österreichischen Auslandsnetzwerke sowie eine strategische Verdichtung der Programme für österreichische Unternehmen in diesen Regionen (z.B. Wirtschaftsmissionen, Messeauftritte, etc.).

### **32. Auf strategischen Zukunftsmärkten koordiniert auftreten**

Unter der Federführung von BMEIA, BMDW und WKÖ werden außenwirtschaftsrelevante Aktivitäten auf ausgewählten strategischen Zukunftsmärkten mit allen relevanten Stellen und Stakeholdern abgestimmt. Bei der Auswahl werden außenpolitische und wirtschaftspolitische Faktoren wie Wachstumsaussichten, Innovationskraft und Potential für österreichische Unternehmen sowie branchenspezifische Interessen berücksichtigt. Dazu gehört auch der gezielte Einsatz von Besuchsdiplomatie, die vor Ort von den Botschaften in Kooperation mit den Außenwirtschaftszentren koordiniert wird. Gemeinsame Delegationsreisen mit Spitzenvertretern der Republik können ein positives Klima bilateralen Vertrauens schaffen und bieten österreichischen Unternehmen die Möglichkeit, ihre Anliegen auf höchster Ebene vorzubringen. Die genaue Arbeitsweise wird in Maßnahme 52. definiert.

### **33. Politische Unterstützung auf Regierungsebene gezielt einsetzen**

Insbesondere für strategische Großprojekte, wie beispielsweise Infrastrukturprojekte in Asien, erfolgt auch ad hoc gezielte politische Unterstützung. Dafür werden Ansprechpartner in BMDW, BMEIA, BMVIT und WKÖ aus dem Koordinationsgremium gemäß Maßnahme 52., geschaffen.

### **34. Länder-Branchen-Kombinationen im Förderprogramm „go-international“ verankern**

Im Rahmen des „go-international“-Förderprogramms werden systematisch Länder-Branchen-Schwerpunkte definiert und spezielle Programme zur zielgerichteten Unterstützung der österreichischen Unternehmen entwickelt, wie z.B. E-Mobility und China oder Lebensmittel und Deutschland. Bei der permanenten Abstimmung der Branchenstrategien mit den Bedürfnissen der Unternehmen kommt der WKÖ eine entscheidende Bedeutung zu.

### **35. Globale Initiativen und Großereignisse für Aktivitäten nutzen**

Globale Initiativen und Großereignisse (z.B. Weltausstellungen, Klimagipfel, Weltmeisterschaften, Olympische Spiele, Jubiläen zu der Aufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen) werden systematisch dafür genutzt, die Leistungskraft der österreichischen Wirtschaft zu promoten und Aufträge für österreichische Unternehmen zu gewinnen. Die Politik kann dabei gezielt als Türöffner für österreichische Leistungen und österreichisches Know-how fungieren.

### **36. „Business Intelligence Plattform“ für globale Infrastrukturprojekte aufbauen**

Durch die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch aller relevanten Stellen und Stakeholder (BMF, BMDW, BMEIA inkl. Botschaften, BMVIT, BMBWF WKÖ einschließlich AußenwirtschaftsCenter) bekommen österreichische Firmen verbesserte Informationen zu Projekten und Zugang zu Projektträgern. Projektbeteiligungen werden weiters durch die Nutzung des österreichischen Netzwerks am Sitz der IFIs, durch die koordinierte Einrichtung von Spezial-Attachés mit den oben angeführten Stakeholdern, durch die Organisation von Markterkundungsreisen sowie durch eine berufsbegleitende Ausbildung zum internationalen Projektentwickler gefördert. Parallel dazu wird im Rahmen von „go-international“ eine „Business Intelligence Plattform“ (unter Einsatz von Technologien wie KI und Data Mining) zur Früherkennung von strategischen Projekten aufgebaut und laufend aktualisiert, sowie österreichische Unternehmen beim Zugang zu internationalen Ausschreibungsdatenbanken gezielt unterstützt.

# 5 Außenwirtschaftspolitik mit Zukunftsorientierung

Digitale Geschäftsmodelle erobern die Welt. Sieben der elf am höchsten bewerteten Unternehmen der Welt arbeiten mit einem digitalen Geschäftsmodell, das auf unterschiedlichen Arten von Online-Plattformen basiert. Davon stammen acht Unternehmen aus den USA und zwei aus China. Das bestplatzierte europäische Unternehmen findet sich erst auf Platz 17 (2018). Die hohe Forschungsintensität und Innovationskraft anderer Regionen und Länder im Bereich der digitalen Wirtschaft können erhebliche Wettbewerbsnachteile für österreichische Unternehmen am globalen Markt nach sich ziehen.

Online-Vertriebskanäle für Unternehmen machen Internationalisierung von Leistungen leichter als je zuvor. Das schafft nicht nur Konkurrenz in Österreich, sondern öffnet Türen für heimische Unternehmen am internationalen Markt. Vergleichsweise wenige österreichische KMU bieten ihre Produkte und Dienstleistungen online an. In einer digitalisierten Welt stellt dies ebenfalls einen Wettbewerbsnachteil dar.

Die Digitalisierungs-Fitness des österreichischen Exports ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Zukunft. Österreichische Unternehmen brauchen Unterstützung bei der Überwindung des Digitalisierungs-Nachholbedarfs. Dafür bedarf es digitalisierungsfreundlicher Rahmenbedingungen.

## 5.1 Österreich in der digitalen Welt stärken

### **Ausgangslage**

Die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für Digitalisierung sind in Österreich im internationalen Vergleich gut und werden weiter verbessert. KMU nützen aber noch nicht das volle Potenzial, das die Digitalisierung bietet. Das gilt vor allem auch für die Bearbeitung internationaler Märkte, die durch digitale Services und Produkte leichter zu erreichen sind.

E-Commerce-Schwächen führen dazu, dass österreichische Unternehmen im Inland Geschäft an Online-Konkurrenz aus dem Ausland verlieren und Chancen auf internationalen Märkten nicht nützen. Dies gilt auch für soziale Medien und Online-Dienste, die einen Markt mit sehr hoher Dynamik darstellen. Ebenfalls stark im Steigen begriffen ist die Nachfrage nach digitalen Sicherheitstechnologien (Cyber Security) und die Verwendung von Cloud-Diensten.

## Ziele

- **Digitale Präsenz Österreichs im Ausland stärken**

Die verstärkte Nutzung digitaler Absatzkanäle und Plattformen durch österreichische Unternehmen soll sicherstellen, dass die österreichischen Exporterfolge der letzten Jahre auch in Zukunft fortgesetzt werden.

- **Cloud-Technologie für den Export nutzen**

Einerseits soll Unternehmen der Zugang zu globalen Cloud-Diensten ohne Möglichkeit einer Beschränkung durch ausländische Hoheitsakte gewährleistet werden, andererseits sollen österreichische Cloud-Dienste am internationalen Markt als sicheres, vertrauenswürdiges Produkt etabliert werden.

## Maßnahmen

### 37. Grundlagen für digitale Präsenz Österreichs stärken

Dafür sind die Schaffung digitalisierungsfreundlicher Rechtsgrundlagen mit klarer Ausrichtung auf internationale Märkte und Exportpotenzial, die verbesserte Ausbildung von Digitalisierungsfachkräften (z.B. durch die Schaffung eines Berufsbildes „Digitalisierungskonsulent/in“) sowie die Förderung von Kooperationen vor allem zwischen etablierten Unternehmen und Startups notwendig.

### 38. Unternehmen bei der Nutzung digitaler Absatzkanäle unterstützen

Für die erfolgreiche Präsenz auf digitalen Plattformen sind fundiertes Wissen über deren Wirkweise sowie über regionale bzw. marktspezifische Besonderheiten notwendig. Den Unternehmen werden daher umfassende Informationen über digitale Absatzkanäle und Plattformen sowie deren Nutzung zur Verfügung gestellt. Des Weiteren werden Unternehmen bei deren Aufbau digitaler Absatzkanäle im In- und Ausland unterstützt.

### 39. Europäische Cloud-Dienste etablieren

Österreich wird sich für die Schaffung europäischer Cloud-Dienste einsetzen. Public Cloud-Dienste haben oft eine globale Komponente, die eine Kontrolle über Daten nur mehr schwer bis gar nicht nachvollziehbar machen. Europäische Cloud-Dienste garantieren Schutz und Sicherheit entsprechend strenger europäischer Normen.

## 5.2 Dienstleistungsexport forcieren und Innovationsökosysteme nutzen

### Ausgangslage

Dienstleistungen bilden oft die „Speerspitze“ für den Warenexport und bei Großprojekten. Planerische und koordinierende Tätigkeiten machen oft 20 Prozent und mehr des Gesamtprojektvolumens aus. Sie bieten für Dienstleistungsunternehmen eine Gelegenheit, sich auch in neuen Märkten zu etablieren und diese schrittweise für andere österreichische Branchen zu erschließen.

Mit einem Anteil von Dienstleistungen an den Gesamtexporten von rund 28 Prozent liegt Österreich nur im internationalen Mittelfeld. Speziell KMU sind zögerlich, auch im Ausland tätig zu werden. Gründe dafür liegen in Unklarheit über rechtliche Rahmenbedingungen in anderen Ländern sowie im hohen bürokratischen Aufwand für internationale Großprojekte.

### Ziele

- **Verständnis der Bedeutung von Dienstleistungsexporten für Arbeitsplätze fördern**  
Die öffentliche Wahrnehmung der Außenwirtschaft ist stark durch die Exporte von Industriegütern geprägt. Ziel muss es sein, die wachsende Bedeutung der Dienstleistungsexporte zu vermitteln.
- **Dienstleistungen als Hebel bei Großprojekten forcieren**  
Um mittels Dienstleistungsexport neue Märkte erschließen zu können, sollen (Pionier-) Unternehmen, die den Schritt in den Bereich der internationalen Großaufträge wagen, während der Projektvorbereitungsphase unterstützt werden.
- **Integration der österreichischen Wirtschaft in internationale Innovationsökosysteme fördern**  
Die Bedeutung internationaler Verflechtung im Bereich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Innovation wächst stetig. Internationales Wissen, Innovationen und Trends aufzuspüren, ist für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft essentiell. Die österreichischen Botschaften im Ausland, AußenwirtschaftsCenter der WKÖ samt Innovationsbeauftragten der WKÖ, „Open Austria“ und die OSTA-Büros unterstützen dies. Auch das Förderprogramm „Beyond Europe“ des BMDW und der FFG unterstützt - in enger Abstimmung mit allen relevanten Ressorts - gezielt Kooperationen österreichischer Unternehmen mit Partnern (Unternehmen, Universitäten, außeruniversitäre Forschungsinstitutionen) außerhalb Europas bei Forschung, Technologie und Innovation.

- **Österreich als Hub für digitale Dienstleistungen positionieren**  
Mit der Positionierung Österreichs als Hub – vor allem in Zentral- und Osteuropa – für global vertriebene Digitaldienstleistungen kann ein internationaler Wettbewerbsvorteil geschaffen werden. Voraussetzung dafür sind weitere Investitionen in die IT-Infrastruktur, in die Ausbildung sowie der Fokus auf Cyber Security.

## **Maßnahmen**

### **40. Bedeutung des Dienstleistungsexports kommunizieren**

Das umfasst auch die Vermittlung der Bedeutung des digitalen Exports und soll in Kampagnen umgesetzt werden (vgl. auch Maßnahme 47.).

### **41. Förderangebot und Netzwerk in globalen Innovationshubs weiterentwickeln**

Das Auslandsnetzwerk der WKÖ, die Initiative „Open Austria“ und „go-international“ bieten zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen für Dienstleistungsexporte und für Technologiekooperationen. Dieses Angebot wird weiterentwickelt und um spezielle Programme für digitale Dienstleistungen ergänzt. Das Programm „Beyond Europe“ wird fortgeführt und ausgebaut.

### **42. Österreich als regionalen digitalen Dienstleistungshub positionieren**

Geplant ist u.a. die aktive Bewerbung durch die Außenwirtschaftsstellen der WKÖ und gezielte Kooperationen mit ausländischen Universitäten und anderen Einrichtungen.

## 5.3 Startups gezielt fördern

### Ausgangslage

Österreich hat eine lebendige und innovative Startup-Szene und verfügt über ein gut funktionierendes Startup-Ökosystem. Beides schlägt sich in einem anhaltend hohen Gründungsniveau nieder. Startups sind die Labors der Zukunft und Garanten für innovative digitale Lösungen und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Die erfolgreichsten unter ihnen stellen die nächste Generation der multinationalen Unternehmen dar.

### Ziele

- **Startups in globale Wertschöpfungsketten einbinden**

Ziel muss sein, Startups die Möglichkeit zu geben, rasch marktfähige Lösungen zu entwickeln und einen Platz in globalen Wertschöpfungsketten zu finden. Gute Rahmenbedingungen machen Österreich auch als Standort für ausländische Startups attraktiv, die so weiter zur Belebung des Ökosystems beitragen.

- **Startups von Bürokratie entlasten**

Damit Startups ihre Energien und knappen Zeitressourcen auf die (Weiter-) Entwicklung ihrer Ideen und Problemlösungen konzentrieren können, müssen sie von bürokratischem Aufwand entlastet werden. In diesem Zusammenhang spielt die Digitalisierung von Behördenwegen und die Einführung des „Once-Only-Prinzips“ eine wichtige Rolle.

- **Inkubatorbedingungen für Startups verbessern**

Die Entwicklung exportfähiger Technologien gelingt am besten im Rahmen von breit angelegten Kooperationsbiotopen. Effiziente Inkubatoren und Clusternetzwerke können dabei einen wesentlichen organisatorischen Beitrag leisten.

### Maßnahmen

#### 43. Förderprogramm GIN ausweiten

Ziel des Förderprogramms GIN (*Global Incubator Network*) ist es, internationale Startups, Investoren und Inkubatoren/Akzeleratoren aus dynamischen Märkten (Hongkong, Singapur, Japan und Südkorea) für den Standort Österreich zu gewinnen. Gleichzeitig sollen österreichische Startups bei der Internationalisierung unterstützt werden. Das Programm soll in Richtung China (z.B. Chengdu, Shanghai, Shenzhen) erweitert werden. Die Durchführung des Förderprogramms GIN erfolgt in enger Abstimmung mit den Aktivitäten von FFG, AWS und dem Auslandsnetzwerk der WKÖ.

#### **44. „Regulatory Sandboxes“ einführen**

Um Startups weitgehend von belastender Regulatorik zu befreien, soll, internationalen Beispielen folgend, die Einführung von „regulatory sandboxes“ geprüft werden. Diese erlauben, in bestimmten Entwicklungsstadien Testphasen zu etablieren, während derer ein Startup zeitlich befristet von bestimmten regulatorischen Auflagen ausgenommen ist.

#### **45. Universitäre Spin-offs unterstützen**

Die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Universitäten und Hochschulen im Bereich der angewandten Forschung und der Grundlagenforschung sowie die Unterstützung von Spin-offs aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird zur Entwicklung und Vermarktung exportfähiger Technologien und wissensintensiver innovativer Dienstleistungen forciert.

#### **46. Internationalisierung der FTI stärken**

Durch eine Internationalisierung im Bereich Forschung, Technologie und Innovation (FTI) wäre die angewandte Forschung als Türöffner und zur Positionierung österreichischer Unternehmen in definierten Zielländern einzusetzen (Schuhlöffelfunktion).

# 6 Außenwirtschaftspolitik mit klaren Fakten

## Ausgangslage

Die Außenwirtschaftspolitik und handels- und investitionspolitische Maßnahmen stehen gerade in Österreich seit einiger Zeit im Zentrum intensiver, von Globalisierungsängsten geprägten öffentlicher Diskussionen. Punktuelle reaktive Kommunikation konnte in der Vergangenheit die weit verbreiteten Bedenken in der Bevölkerung nicht auflösen.

Die Transparenz der Handels- und Investitionspolitik hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Österreich hat z.B. bei der Veröffentlichung der Verhandlungsleitlinien für EU-Handels- und Investitionsabkommen eine führende Rolle gespielt. Die diesbezüglichen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind weiter gestiegen.

## Ziele

- **Bedeutung gut gemachter Handels- und Investitionsabkommen vermitteln**  
Damit die Österreicherinnen und Österreicher handelspolitische Zusammenhänge noch besser nachvollziehen und sich eine eigene Meinung bilden können, bedarf es einer faktenbasierten Informationsarbeit. Die Vermittlung der Bedeutung und der Auswirkungen grenzüberschreitenden Wirtschaftens für Österreich soll bereits in den Schulen einsetzen.
- **Kommunikationskanäle zielgruppengerecht nutzen**  
Das gestiegene öffentliche Interesse an handels- und investitionspolitischen Themen ist begrüßenswert und soll durch die Bereitstellung entsprechender Information gefördert werden. Auf die Verständlichkeit der Informationen und auf die Zielgruppenrelevanz der verwendeten Kommunikationskanäle ist zu achten.
- **Transparenz gewährleisten**  
Die Transparenz der Handels- und Investitionspolitik ist deutlich gestiegen. Die neuen Regeln müssen jetzt glaubwürdig gelebt werden. Gleichzeitig müssen aber auch die Grenzen der Transparenz im Rahmen einer Verhandlungssituation beachtet und nach außen entsprechend vermittelt werden.
- **Wirtschaft einbinden**  
In der Kommunikation der Bedeutung der Außenwirtschaft für Österreich kommt neben öffentlichen Stellen auch Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine wichtige Rolle zu.

## **Maßnahmen**

### **47. Faktenbasierte Öffentlichkeitsarbeit unter Einbindung der Wirtschaft betreiben**

Eine systematische, faktenbasierte Öffentlichkeitsarbeit zur Bedeutung der Außenwirtschaft für Österreich und zu aktuellen Fragen der Handels- und Investitionspolitik unter Nutzung aller relevanten Informations- und Kommunikationskanäle soll einen konstruktiven Beitrag zu einer rationalen öffentlichen Debatte leisten. Als erster Schritt wird ein entsprechendes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit unter Einbindung der Stakeholder erarbeitet. Dabei sollen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv eingebunden werden.

### **48. „Infopoint Außenwirtschaft“ einrichten**

In Ergänzung der übrigen Maßnahmen soll der Infopoint allen an Außenwirtschaftsthemen Interessierten den Online-Zugang zu relevanten Informationen, Dokumenten und Lehrmitteln rund um das Thema Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik und deren Bedeutung für Österreich erleichtern.

### **49. Modernes Wirtschaftswissen in Lehrplänen verankern**

Junge Menschen brauchen Möglichkeiten, sich frühzeitig mit den Themen Wirtschaft und insbesondere Außenwirtschaft auseinanderzusetzen. Dabei kommt den Schulen und insbesondere den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Hochschulen eine wichtige Rolle zu. Sowohl durch die Modernisierung der Lehrpläne (insbesondere für Geografie und Wirtschaftskunde) als auch durch innovative Kommunikationsansätze (z.B. Kinder-Unis, Science Slams, Forschungsfeste) soll das Verständnis für (außen-)wirtschaftliche Themen verbessert werden.

### **50. Regelmäßigen Austausch zu außenwirtschaftlichen Themen organisieren**

Durch die Organisation von Informationsveranstaltungen und den regelmäßigen Austausch zu aktuellen außenwirtschaftspolitischen Themen, z.B. mit Parlament, Bundesländern und Gemeinden, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft, sollen der Informationsstand und das gemeinsame Verständnis außenwirtschaftlicher Zusammenhänge verbessert werden. Der Einbindung von Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments kommt dabei besondere Bedeutung zu.

### **51. Verstärkte Berichterstattung zu Außenwirtschaftsthemen anbieten**

In der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung soll sich der Stellenwert der Außenwirtschaft und die Bedeutung der österreichischen Exportbetriebe für die Wertschöpfung und den Wohlstand in Österreich widerspiegeln. Sendeformate, die sich mit wirtschaftlichen Themen beschäftigen, sind dafür unabdingbar.

# 7 Außenwirtschaftspolitik aus einer Hand

Abgestimmte Aktivitäten rund um Auftritte österreichischer Stakeholder im Ausland und ein koordiniertes Angebot an digital aufbereiteten Informationen für Unternehmen (z.B. über verfügbare Förderungen) und im Ausland sind Voraussetzungen für ein effizientes und effektives Agieren im Bereich Außenwirtschaft. Eine klare, strukturierte und abgestimmte Webpräsenz ist nicht nur ein wichtiges Service für Unternehmen und Stakeholder, sie dokumentiert auch nach außen hin hohe Professionalität in diesem Handlungsfeld.

## 7.1 Koordiniertes Vorgehen für optimale Effizienz

### Ausgangslage

Institutionen und Stakeholder engagieren sich auf vielfältige Weise für die Interessen der österreichischen Außenwirtschaft. So werden Auslandskontakte, sei es auf Ebene der Politik oder der Verwaltung, häufig nicht nur dazu genutzt, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Gastland zu intensivieren, sondern auch um Projekte und Probleme österreichischer Unternehmen anzusprechen. Oft sind dabei auch Unternehmen vertreten. Die Stakeholder leisten zudem wertvolle Unterstützung z.B. durch den Abschluss bilateraler Kooperationsvereinbarungen (Abkommen, Memorandum of Understanding - MoU).

Die Entscheidung über einzelne Auslandsaktivitäten liegt bei der jeweils dafür zuständigen Institution. Effizienz und Effektivität hängen natürlich auch von der Koordinierung mit anderen Institutionen und Stakeholdern ab. Diese Koordinierung erfolgt allerdings nur teilweise: Termine, inhaltliche Schwerpunkte und Schlüsselbotschaften werden mitunter nicht systematisch abgestimmt. Auch der Austausch über die Ergebnisse erfolgt häufig wenig strukturiert. Vorhandene Informationen – z.B. über Anliegen von Unternehmen – und Synergiepotentiale können dadurch ungenutzt bleiben.

### Ziele

- **Rahmen für institutionellen Austausch und abgestimmte Planung schaffen**  
Ein intensivierter Informationsaustausch und eine bessere Abstimmung der Aktivitäten relevanter Akteure können zu einer wirksameren Vertretung außenwirtschaftlicher Interessen und einer besseren Realisierung der Geschäftschancen österreichischer Unternehmen beitragen. Dazu ist ein entsprechender institutioneller Rahmen notwendig.

- **Bilaterale Kooperationsvereinbarungen verstärkt einsetzen**

Bilaterale Kooperationsvereinbarungen (Abkommen, MoUs) in verschiedenen Bereichen (z.B. Infrastruktur, Innovation, Digitalisierung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Energie- und Umwelttechnik usw.) der jeweils zuständigen Ressorts mit Partnerländern haben sich national und international als erfolgreiches Modell erwiesen. Diese Zusammenarbeit ist fortzusetzen und auszubauen.

Im Infrastruktur-, Energie- und Umweltbereich erfolgen Beschaffungen zumeist durch staatliche Organe, wodurch sich für Unternehmen ein erleichterter Zugang zu Entscheidungsträgern ergibt. Der verstärkte Einsatz bilateraler Kooperationsvereinbarungen als unterstützendes Element wäre daher anzustreben.

## **Maßnahmen**

### **52. Koordinationsgremium der Stakeholder schaffen**

Bedarfsorientierte, jedoch mindestens vierteljährliche Treffen aller relevanten staatlichen und wirtschaftlichen Stakeholder in einem Koordinationsgremium sowie ein jährlicher Workshop zum Informationsaustausch und zur bestmöglichen Abstimmung der Jahresplanung und der strategischen Besuchsdiplomatie sollen dazu beitragen, Synergiepotenziale zu identifizieren und zu nutzen. Das Koordinationsgremium soll Informationen zwischen den Stakeholdern auf Bundes- und Landesebene austauschen (z.B. für strukturierte Schwerpunkte von Delegationsreisen) und wichtige mediale Inhalte koordinieren.

### **53. Strategische Besuchsdiplomatie forcieren**

Das Koordinationsgremium der Stakeholder erarbeitet einen rollierenden, strategischen „Besuchsplan“ der österreichischen Regierungsmitglieder. Der Besuchsplan wird regelmäßig mit strategischen sowie aktuellen Unternehmensinteressen abgestimmt. Parallel dazu erfolgt eine laufende Abstimmung mit den Bundesländern und Ergänzung der Auslandsreisen von Mitgliedern der Landesregierungen und anderen Stakeholdern auf Bundes- und Landesebene.

### **54. Focal Points einrichten**

Focal Points werden als erste Anlaufstelle für Unternehmen in außenwirtschaftspolitisch relevanten Institutionen eingerichtet. Sie fungieren als „One-Stop-Shops“, bei denen Unternehmen alle relevanten Informationen aus dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich erhalten.

### **55. Präsenz vor Ort abstimmen**

Zahlreiche österreichische Akteure und Institutionen sind im Ausland aktiv. Beispiele dafür sind die ständige Präsenz der Botschaften und AußenwirtschaftsCenter, die Mitwirkung an Messen oder bilaterale Termine und Delegationsreisen. Auslandsaktivitäten sollen durch verstärkte gegenseitige Abstimmung der Akteure vor Ort profitieren. Den Auslandsnetzwerken von BMEIA und WKÖ kommt dabei eine

entscheidende Rolle zu. Entsprechend den wirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten wird die Idee eines gemeinsamen „Österreich-Hauses“ evaluiert und weiterentwickelt. Botschaften sollen zu „One-Stop-Shops“ für Visaerteilung, Wirtschaftsberatung, Spracherwerb und Kulturvermittlung werden.

#### **56. Bilaterale Kooperationsvereinbarungen nützen**

Österreichische Unternehmen werden durch den Abschluss innerstaatlich koordinierter bilateraler Kooperationsvereinbarungen auf Ressortebene durch die zuständigen Ressorts (Schuhlöffelfunktion für österreichische Unternehmen) gezielt unterstützt. Dieses Instrument soll zielgerichtet länderspezifisch und branchenspezifisch eingesetzt werden, ohne Präjudiz für eine allfällige Haftungsübernahme bzw. Finanzierung.

## **7.2 Außenwirtschaftliche Förderlandschaft optimieren**

### **Ausgangslage**

Österreich verfügt über ein gut entwickeltes außenwirtschaftliches Fördersystem. Die Förderlandschaft umfasst eine Vielfalt von Instrumenten bei unterschiedlichen Förderstellen – je nach Gesetzesauftrag und EU-Beihilfenrelevanz.

Das im Vergleich zu anderen Ländern breit gefächerte Angebot reicht von Marktinformationen für Neuexporteure über Laufende Marktbeobachtung und -bearbeitung, z.B. im Rahmen von Messeauftritten, bis zu Rechtsberatung und „Trouble Shooting“ bei Problemen. Dazu kommen die finanzielle Unterstützung von Exporten und die Absicherung von Direktinvestitionen gegen politische und wirtschaftliche Risiken sowie Umlauffinanzierungen für Exporteure. Auch den Kommerzbanken kommt für Beratung und Risikoteilung eine wichtige Rolle zu.

Unterschiedliche Förderinstitutionen arbeiten aufgrund unterschiedlicher förderpolitischer Ziele, Risikoaspekte und Förderintensitäten (von marktnahen Haftungen bis zu verlorenen Zuschüssen) oft mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Antragsformen, Begrifflichkeiten und Definitionen. Sie verlangen unterschiedliche Informationen, Nachweise und Berichtspflichten. Die Unübersichtlichkeit des Förderangebots führt dazu, dass Unternehmen Fördermöglichkeiten mitunter nicht erkennen und nicht wahrnehmen. Der Austausch zwischen den Institutionen der außenwirtschaftlichen Förderlandschaft – insbesondere zwischen jenen des Bundes und jenen der Länder – weist Optimierungsbedarf auf.

## Ziele

- **Kooperation der außenwirtschaftlichen Förderinstitutionen vertiefen**

Zur idealen Betreuung von Unternehmen bedarf es einer engen Kooperation zwischen den Förderinstitutionen der öffentlichen Hand. Die Expertise der Förderinstitution muss zu den spezifischen Bedürfnissen des zu fördernden Unternehmens bzw. Projekts passen. Dazu kann es sinnvoll sein, den Förderungswerber an eine andere Institution überzuleiten. Zur Erleichterung der Kooperation ist eine Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten und Definitionen zweckmäßig.

- **Zielgruppenspezifisches Förderangebot optimieren**

Gerade KMU bzw. Erstexporteure brauchen neben auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Förderungen und Förderbedingungen auch eine übersichtliche und unbürokratische Förderabwicklung. Das setzt leicht zugängliche Information über alle bestehenden Fördermöglichkeiten sowie KMU-gerechte Antragstellung und Berichtspflichten voraus.

- **Exportförderung verstärken**

„go-international“ soll durch die Verstärkung von zielgruppen- bzw. unternehmensspezifischen Angeboten sowie durch Anpassungen der Förderinstrumente weiterentwickelt werden. Damit sollen weiterhin österreichische Unternehmen zum Export motiviert und bei der Gewinnung von Fachkräften unterstützt werden. Zudem sollen österreichische Unternehmen erfolgreich in die internationalen Wertschöpfungsketten integriert und Österreich als exzellenter Wirtschaftspartner positioniert werden.

- **Stellenwert der IFIs verbessern**

Die Information und Vernetzung der internationalen Finanzinstitutionen mit österreichischen Unternehmen und Konsulenten sollen ausgebaut und die Netzwerke Österreichs bei den IFIs verstärkt genutzt werden.

Unternehmen müssen bei der Teilnahme an IFI-Ausschreibungen bestmöglich unterstützt werden. Dazu bedarf es einer Optimierung des Informations- und Vernetzungsangebots sowie einer finanziellen Unterstützung der Unternehmen in der Projektplanungs- und Bewerbungsphase.

## Maßnahmen

### 57. Unternehmen vermehrt über Fördermöglichkeiten informieren

Um Unternehmen über die Möglichkeiten und Chancen der außenwirtschaftlichen Förderlandschaft bestmöglich informieren zu können, soll eine großflächige Kommunikationsoffensive ausgerollt werden. Da neben den Förderinstitutionen der öffentlichen Hand auch Kommerzbanken zentrale Fördergeber sind, sollen diese in diese Kommunikationsoffensive eingebunden werden.

### **58. Außenwirtschaftliche Förderungen optimieren**

BMDW und WKÖ richten einen administrativen „One-Stop-Shop“ für außenwirtschaftliche Förderungen ein, bei dem auch eine Online-Antragstellung möglich ist. Die Zusammenarbeit mit Banken soll Kunden vermehrt auf KMU-spezifische Finanzierungsinstrumente, wie den Exportfondskredit im Rahmen des BMF/OeKB-Exportförderungsverfahrens, aufmerksam machen. Good Practice Projekte wie TEC4MARKET, KIT4MARKET bzw. TECEXPART werden zielgruppenadäquat weiterentwickelt.

### **59. „go-international“ weiterentwickeln**

BMDW und WKÖ entwickeln „go-international“, unter Berücksichtigung der Empfehlungen der aktuellen Evaluierungsstudie im Hinblick auf eine Vereinfachung der Instrumente bzw. Bündelung der Maßnahmen, weiter.

### **60. Unternehmen bei internationalen Ausschreibungen unterstützen**

Die Informationen über Ausschreibungen von IFI-finanzierten sowie von EU-Projekten finden sich auf den jeweiligen Websites der Institutionen. Um Unternehmen über diese Möglichkeiten zu informieren, bieten IFIs regelmäßig in Kooperation mit dem BMF und der WKO Procurement-Seminare an. Diese Seminare werden ausgebaut und gezielt beworben und durch Unterstützungsmaßnahmen für die (Erst-)Teilnahme an internationalen Ausschreibungen im Rahmen von „go-international“ ergänzt.

## **7.3 Mediale Präsenz im Ausland bündeln**

### **Ausgangslage**

Vorzeigemodelle für eine abgestimmte digitale Information im Bereich Außenwirtschaft aus skandinavischen Ländern überzeugen durch Übersichtlichkeit, Serviceorientierung, Aktualität, Benutzerfreundlichkeit und einheitlichen Auftritt. Nicht nur Unternehmen aus dem Ausland, die Interesse an einer Geschäftstätigkeit im entsprechenden Land zeigen, sondern auch potentielle Tourist/innen, Kulturinteressierte, Student/innen und Arbeitnehmer/innen haben so die Möglichkeit, mit geringem Suchaufwand die Informationen zu finden, die sie benötigen.

Die nach außen gerichteten, österreichischen Internetauftritte der relevanten Stakeholder sind hingegen nicht abgestimmt. Derzeit gibt es kein Metaportal, das einen Überblick über die vorhandenen Websites zur Verfügung stellt und zu diesen verlinkt.

## Ziele

- **Meta-Portal für den Außenaustritt Österreichs schaffen**

Es soll ein Dach in Form eines Meta-Portals für den Online-Auftritt Österreichs geschaffen werden, um ein übersichtliches, zielgruppenorientiertes Online-Angebot für alle Außenwirtschaftsfragen zu gewährleisten. Eine Landingpage mit Verlinkungen zu allen relevanten Institutionen soll als Ergänzung zu vorhandenen Angeboten etabliert werden.

- **Moderne und professionelle Kommunikation ausbauen**

Die Anzahl der aktiven Kommunikationskanäle und deren Nutzung steigen stetig. Eine moderne und professionelle Kommunikation zeichnet sich durch eine aufeinander abgestimmte Verwendung dieser Kanäle aus. Dazu braucht es eine entsprechende Abstimmung der Akteure. Außenwirtschaftliche Themen sollen mit Hilfe regelmäßiger Koordination und gemeinsamer Wordings überzeugend kommuniziert werden.

## Maßnahmen

### 61. Einheitlichen Außenaustritt aufsetzen

In einem ersten Schritt soll ein Prozess für eine Vereinheitlichung des Außenaustritts der relevanten Stakeholder aufgesetzt werden. Dazu zählt u.a. auch die Schaffung einer übergeordneten Corporate Identity zur Stärkung des Wiedererkennungswertes Österreichs.

### 62. Landingpage „Austria“ schaffen

Auf Basis einer Analyse von internationalen Best-Practice-Beispielen wird ein Konzept für einen internationalen Online-Auftritt Österreichs erstellt. Die Landingpage wird als erste Anlaufstelle für interessierte ausländische Stakeholder errichtet. Darauf wird eine Verlinkung zu bestehenden Inhalten hergestellt.

### 63. Medial relevante außenwirtschaftliche Themen koordinieren

Im Rahmen des Koordinationsgremiums (siehe Maßnahme 52.) werden geeignete Themen über die zur Verfügung stehenden Kommunikationskanäle und Medien (z.B. Social Media Auftritte, Presseaktivitäten) koordiniert und verbreitet.

## **Maßnahmen-Übersicht**

### **Kapitel 1: Außenwirtschaftspolitik mit Perspektive**

1. Inhaltliche Neuausrichtung der WTO mitgestalten
2. Aktive Rolle in der EU-Handels- und Investitionspolitik spielen
3. Umsetzungs-Roadmap bei Handels- und Investitionsabkommen erstellen
4. Neues Investitionsschutzmusterabkommen erarbeiten
5. Post-Brexit-Phase aktiv gestalten
6. Forschungsagenda für Handels- und Investitionspolitik etablieren
7. Forschungsplattform Internationale Wirtschaft (FIW) stärken
8. Moderne Analysemethoden erleichtern

### **Kapitel : Außenwirtschaftspolitik mit Werteorientierung**

9. Werteorientierung aktiv kommunizieren
10. Internationale Standards wirtschaftsnah umsetzen
11. Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen minimieren
12. Österreichischen Nationalen Kontaktpunkt als „One-Stop-Shop“ für unternehmerische Verantwortung stärken
13. Geschäftschance Nachhaltigkeit aktiv kommunizieren
14. Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Entwicklung stärken
15. Wirtschaftspartnerschaften fördern

### **Kapitel 3: Außenwirtschaftspolitik mit Standort-Effekt**

16. Branchenspezifische Unterstützung intensivieren
17. Lücken in österreichischen Wertschöpfungsketten schließen
18. ABA zur Standortagentur ausbauen
19. Verwendung von Englisch in der Verwaltung erleichtern
20. Kooperationsplattformen für KMU, Generalunternehmen, Banken und Versicherungen etablieren
21. Förderungen für KMU ausbauen
22. KMU-freundliche Gestaltung und Umsetzung von Handelsabkommen forcieren
23. KMU DIGITAL neu gestalten
24. Bildungs- und Qualifikationsbedarf im Bereich Außenwirtschaft erheben
25. Mobilität und Sprachkompetenz in der Ausbildung fördern
26. Potenziale von Auslandsschulen und internationalen Studienprogrammen nützen
27. Konkrete Anwerbeaktivitäten durchführen
28. Duale Ausbildung, zur Stärkung österreichischer Unternehmen, ins Ausland exportieren
29. Investitionskontrollmechanismus weiterentwickeln
30. Strategische Wertschöpfungsketten analysieren und Maßnahmenpaket zur Rohstoff-sicherung entwickeln

### **Kapitel : Außenwirtschaftspolitik mit Schwerpunkten**

31. Österreichische Präsenz in Wachstumsmärkten ausbauen
32. Auf strategischen Zukunftsmärkten koordiniert auftreten
33. Politische Unterstützung auf Regierungsebene gezielt einsetzen
34. Länder-Branchen-Kombinationen im Förderprogramm „go-international“ verankern
35. Globale Initiativen und Großereignisse für Aktivitäten nutzen
36. „Business Intelligence Plattform“ für globale Infrastrukturprojekte aufbauen

### **Kapitel : Außenwirtschaftspolitik mit Zukunftsorientierung**

37. Grundlagen für digitale Präsenz Österreichs stärken
38. Unternehmen bei der Nutzung digitaler Absatzkanäle unterstützen
39. Europäische Cloud-Dienste etablieren
40. Bedeutung des Dienstleistungsexports kommunizieren
41. Förderangebot und Netzwerk in globalen Innovationshubs ausbauen
42. Österreich als regionalen digitalen Dienstleistungshub positionieren
43. Förderprogramm GIN ausweiten
44. „Regulatory Sandboxes“ einführen
45. Universitäre Spin-offs unterstützen
46. Internationalisierung der FTI stärken

### **Kapitel 6: Außenwirtschaftspolitik mit klaren Fakten**

47. Faktenbasierte Öffentlichkeitsarbeit unter Einbindung der Wirtschaft betreiben
48. „Infopoint Außenwirtschaft“ einrichten
49. Modernes Wirtschaftswissen in Lehrplänen verankern
50. Regelmäßigen Austausch zu außenwirtschaftlichen Themen organisieren
51. Verstärkte Berichterstattung zu Außenwirtschaftsthemen anbieten

### **Kapitel 7: Außenwirtschaftspolitik aus einer Hand**

52. Koordinationsgremium der Stakeholder schaffen
53. Strategische Besuchsdiplomatie forcieren
54. Focal Points einrichten
55. Präsenz vor Ort abstimmen
56. Bilaterale Kooperationsvereinbarungen nützen
57. Unternehmen vermehrt über Fördermöglichkeiten informieren
58. Außenwirtschaftliche Förderungen optimieren
59. „go-international“ weiterentwickeln
60. Unternehmen bei internationalen Ausschreibungen unterstützen
61. Einheitlichen Außenauftritt aufsetzen
62. Landingpage „Austria“ schaffen
63. Medial relevante außenwirtschaftliche Themen koordinieren